

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Sofortige Entschädigung von NS-Zwangsarbeiter/innen!

„Sie dürfen aber von uns nicht erwarten, dass wir Mittel der Stiftung zur Verfügung stellen, solange wir nicht für uns ausreichende Rechtssicherheit entsprechend dem Abkommen vom 17.07.2000 feststellen können.“

(Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft)



- 1 Ein Thema für den Bundestagswahlkampf 2002: Mehr Geld für Kinder? 8 Ehemaliger EU-Beauftragter fordert Neuauflage des kolonialistischen Grenzregimes: Mal wieder ein Berliner Kongress? 13 Landtagswahl Baden-Württemberg: REPs raus, Spektrum aber rechts verschoben / Kommunalwahl Hessen: PDS gewinnt Mandate in Rathäusern und Kreistagen hinzu 16 Aktionstag Betriebsverfassung 18 Grundlinien der Überarbeitung und Neufassung des PDS-Programms



Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTÄGLICH**

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Sascha.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

AKTUELL

SCHUTZ FÜR KINDER! Pro Asyl fordert mit der bundesweiten Kampagne: „Alle Kinder haben Rechte. Für die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland“, dass die rot-grüne Bundesregierung die von ihrer Vorgängerin abgegebenen Vorbehaltserklärung gegen die Konvention zurücknimmt und die kindgerechte Behandlung von Flüchtlingskindern sicherstellt. Nach wie vor ignoriert die BRD die staatlichen Schutz- und Fürsorgepflichten gegenüber minderjährigen Flüchtlingskindern, verweigert die Anpassung der Asyl- und Ausländergesetzgebung an die Kinderrechtskonvention, die vorschreibt, das bei allen staatlichen Maßnahmen, die Kinder betreffen, das „Wohl des Kindes“ vorrangig zu berücksichtigen ist. Demgegenüber werden Minderjährige ab 16 im Asylverfahren wie Erwachsene behandelt, Flüchtlingskinder sind beim Schulbesuch, bei der medizinischen Versorgung, bei der Berufsausbildung schlechter gestellt als deutsche Kinder, werden bei Abschiebungen gewaltsam aus ihren hier gewachsenen sozialen Beziehungen herausgerissen, auch vor Abschiebehalt sind sie nicht sicher. Am 30.9.1999 hatte sogar der



Rumänische Kinder, die bei „illegalen Grenzübertritt aufgegriffen“ wurden.

Bundestag – vergebens – die volle Umsetzung der Kinderrechtskonvention gefordert. Weil das Innenministerium „keinen Handlungsbedarf“ sieht und erklärt, es komme „nicht in Betracht, Kinder und Jugendliche generell von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen auszunehmen“, hat Pro Asyl inzwischen eine Eingabe an den Petitionsausschuss eingereicht. Die Organisation ruft Verbände, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Schulen, private Initiativen und jeden Menschen auf, die Forderungen zu unterstützen, Unterschriften zu sammeln und sich an der Kampagne zu beteiligen. Die Kampagne läuft zunächst bis zum 20.9., dem UN-Weltkindertag. (www.proasyl.de)

UNGLEICHES RECHT. Nach Angaben von Stoiber will die EU-Kommission am 4. April einen Vorschlag für die Regelung der Freizügigkeit im Zuge der EU-Osterweiterung vorlegen. Während die EU von den Beitrittsländern die volle Übernahme des EU-Rechts ohne Übergangsfristen verlangt, soll die durch eben dieses Recht verbürgte Freizügigkeit für Arbeitnehmer und ihre Familien aus den

Beitrittsländern noch Jahre ausgesetzt werden. Stoiber fordert, ebenso wie Schröder, eine Übergangszeit von sieben Jahren. Im parlamentarischen Rahmen scheint keine Kraft gegen diese Ungleichbehandlung auftreten zu wollen. Eine von der linken GUE/NGL-Fraktion im Europaparlament in Auftrag gegebene Studie spricht sich vage ebenfalls für eine Übergangsfrist aus.

GOLDCARD. Als „Goldcard“ hat sich einer u.a. vom Bundesverband Mittelständische Wirtschaft in Auftrag gegebene Studie zufolge die Green Card erwiesen – nicht für die angeworbenen IT-Spezialisten, sondern für die deutsche Wirtschaft. 80% der betreffenden Firmen geben an, dass durch die Einstellung ausländischer IT-Spezialisten ihre Konkurrenzfähigkeit auf in- und ausländischen Märkten gesteigert haben. Für das kommende Jahr fragt die deutsche Wirtschaft 42 000 ausländische IT-Spezialisten nach – und verlangt dazu die „Professionalisierung“ der Green Card, d.h. Abschaffung aller einschränkenden Regelungen, die die BRD für hochqualifizierte Fachkräfte, die heftig umworben werden, unattraktiv machen.

INITIATIVE. Nach Auffassung der GEW fehlen im Schulsystem etwa 50 000 Lehrerinnen und Lehrer. Nach einer Untersuchung der GEW in ihren 16 Landesverbänden sind in diesem Schuljahr ca. 28 200 Lehrer (davon ca. 1 800 in den neuen Ländern) eingestellt worden, mehr als im Vorjahr, doch gleichzeitig wurden weit über 30 000 Bewerbungen abgelehnt. Aufgrund der drastisch steigenden Pensionierungen im Westen kann die Nachfrage längst nicht mehr gedeckt werden. Besonders betroffenen seien Berufs-, Förder- und Hauptschulen sowie vor allem die Fächer Mathematik und Naturwissenschaften in den alten und Sprachen in den neuen Bundesländer. Gegenwärtig befände sich der Arbeitsmarkt Schule im „Übergang von Jahrzehntelanger Lehrerarbeitslosigkeit zum Nachwuchsman gel“, so die Vorsitzende Stange. Von 2005 an müssten jährlich, so der Bildungsforscher Klemm, 27 000 Lehrer neu eingestellt werden, doch die Zahl der Berufsanfänger liege bei lediglich 20 000. Ange-sichts des sich verschärfenden Mangels fordert die Gewerkschaft eine „Initiative für den Lehrerberuf und zur Qualitätssicherung von Schule und Lehrerarbeit.“ (Näheres siehe: www.gew.de)

HAFTUNG? Aufgrund einer neuen Bestimmung des Produkthaftungsgesetzes vom Dez. 2000 müssen nun auch Bauern für ihre Produkte haften – zuvor waren landwirtschaftliche Erzeugnisse von der Haftung ausgenommen. Laut Auskunft des Bayerischen Anwaltsverbandes können Bauern damit für die Folgen von BSE-verseuchtem Rindfleisch verantwortlich gemacht werden.

Politische Berichte

- zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Strasse:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart

Mehr Geld für Kinder?

Die Familienpolitik, genauer gesagt die gesellschaftlichen Aufwendungen und Unterstützungen für Kinder und Kindererziehung könnten zu einem wichtigen Thema des Bundestagswahlkampfes im kommenden Jahr werden.

Die rot-grüne Regierung nimmt ihre Leistungen auf diesem Gebiet – Erhöhung des Kindergeldes im vergangenen Jahr um 50 DM und um weitere 30 DM vermutlich Anfang nächsten Jahres – als Beleg für ihre Politik „Innovation mit Gerechtigkeit“. Kurt Beck, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, hat vermutlich die Wahlen nicht zuletzt deshalb mit einem so guten Ergebnis gewonnen, weil er versprochen hat, flächendeckend ein Angebot von Ganztagschulen zu machen (mit welchen Vorbehalten das auch

immer noch versehen sein mag); jedenfalls habe er vor allem bei jüngeren Frauen Pluspunkte gesammelt.

Die Kapitalisten- und Wirtschaftsverbände, die jetzt nach rund einem Jahrzehnt brutalem Neoliberalismus bei Bildung und Ausbildung entdecken, dass qualifizierte Arbeitskräfte fehlen und gut ausgebildete Menschen aus Osteuropa oder Asien nicht allzu viel Lust auf Deutschland haben, wollen das Arbeitskräfteervoir vor allem bei den Frauen erschließen. Immerhin sind inzwischen 55% der Abiturienten weiblich, bei den Hochschulabgängern ist die 50%-Marke für Frauen ebenfalls bald erreicht – ein beträchtlicher Teil steht aber dem Arbeitsmarkt wegen Kinderwunsch nur eingeschränkt zur Verfügung. Die Kosten-Nutzen-Rechner wollen durch ver-

besserte Kinderbetreuung hier dem Arbeitsmarkt ein größeres Angebot verschaffen.

Die Unionsparteien schließlich unternehmen Anstrengungen, an ihre jahrzehntelange unangefochtene Stellung als Ideologen der „Familie als Keimzelle des Staates“ wiederanzuknüpfen, selbstverständlich modernisiert, denn sonst laufen die jüngeren Frauen als Wählerinnen davon.

Dazu kommt, dass das Bundesverfassungsgericht noch unter der Regierung Kohl in einem Urteil Vorgaben gemacht hatte, die diesem gesellschaftlichen Prozess mächtig politischen Dampf machen: Die Benachteiligung der Familien im Steuerrecht muss beseitigt werden durch höhere Freibeträge für Kinder und für Kinderbetreuung.

Zum Thema Familie: aus dem Entwurf für einen Leitantrag „Sicherheit im Wandel“ an den SPD-Bundesparteitag in Nürnberg 19.–22. November 2001

Individualisierung

Der Lebensweg der Menschen ist heute nicht mehr nur allein durch soziale Schicht oder Einkommen der Eltern vorherbestimmt. Die Bindungen in der Groß- oder Kleinfamilie und an Traditionen werden zunehmend ersetzt durch selbstgewählte Bindungen in Gruppen mit gemeinsamen Werthaltungen und Interessen. Familie behält ihren hohen Stellenwert für junge Menschen, aber sie wird stärker in individuelle Lebensplanung eingepasst. Beruf, Partnerschaft und Familie gelten bei jungen Frauen und Männern in zunehmendem Maß als gleichwertige Lebensbereiche...

Familien stärken

Familie ist dort, wo Kinder leben und aufwachsen. Sie ist Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Ohne Kinder gibt es für eine Gesellschaft keine Zukunft.

Familien sind der Ort, in dem sich junge Menschen entwickeln und durch Erziehung auf ihre Rolle in der Gesellschaft vorbereitet werden. Wir unterstützen deshalb die Familien. Wir haben mit unserer Politik Familien gestärkt: Die Steuerreform, die BaFin- und Wohngeldreform helfen den Familien.

Wir haben das Kindergeld zweimal um insgesamt 50 DM für das 1. und für das 2. Kind erhöht.

Das Erziehungsgeld wurde verbessert. Die Erhöhung der Einkommensgrenzen sichert mehr Familien eine Förderung. Gleichzeitig haben wir die Möglichkeit

eröffnet, das Erziehungsgeld auf ein Jahr zu verkürzen bei gleichzeitiger Erhöhung des monatlichen Zahlbetrags auf 900 DM. Beide Eltern erhalten die Möglichkeit, zusätzlich bis zu 30 Wochenstunden zu arbeiten. Dies trägt in erheblichem Umfang dazu bei, die materielle Existenz der Familien zu sichern.

Politik für den Zusammenhalt von Familien muss Müttern und Vätern ermöglichen, Berufs- und Familienleben miteinander zu vereinbaren; sie muss ihnen die gemeinsame Erziehung von Kindern auch in einer Berufswelt ermöglichen, die auch Eltern ein hohes Maß an Flexibilität abverlangt. Das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, die Frauenerwerbsquote in den nächsten Jahren zu erhöhen.

Zur gezielten Förderung von Familien werden wir in der zweiten Stufe des Familienlastenausgleichs den Erziehungsbedarf für alle Kinder berücksichtigen. Unser Ziel ist es, die staatlichen Leistungen weitgehend von der Ehe auf die Kinder zu verlagern, deshalb werden wir die geltende Regelung des Ehegattensplittings überprüfen. Es geht jedoch nicht allein um finanzielle Unterstützung für Familien. Wenn wir Kindern und ihren Eltern wirkungsvoll helfen wollen, müssen wir die Infrastruktur zur Unterstützung der Erziehungsarbeit weiterentwickeln und ein Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Altersstufen schaffen (Ganztagsbetreuung).

[2. Stufe Familienleistungsausgleich] [Ganztagsbetreuung] (Auslassung im Original!)

Chancengleichheit von Frauen und Männern verwirklichen

Die Förderung der Gleichstellung von

Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen ist ein wesentlicher Bestandteil einer vorausschauenden und damit modernen Gesellschaftspolitik. Die Herstellung von Chancengleichheit ist einer der Eckpfeiler unserer Politik für Innovation und Gerechtigkeit auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Unsere Politik muss den Erfahrungen und Bedürfnissen, den Kompetenzen und Erwartungen von Frauen und Männern gleichermaßen gerecht werden. Dazu ist eine konsequente Fortsetzung unserer Gleichstellungspolitik unerlässlich. Gleichstellung von Frauen und Männern im Beruf, Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer und die gleiche Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ist nicht allein eine Frage von sozialer Gerechtigkeit, sondern auch Erfolgsfaktor für Wirtschaft und Gesellschaft...

Frauenerwerbstätigkeit fördern

Wir wollen die Frauenerwerbsquote in den nächsten Jahren deutlich erhöhen. Dazu ist erforderlich:
das Berufswahlspektrum für junge Frauen zu erweitern;
Konzepte zu Chancengleichheit in Betrieben und Verwaltungen durchzusetzen, z. B. den Frauenanteil in allen Bereichen, in denen sie bislang unterrepräsentiert sind, deutlich zu erhöhen;
gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit zu erreichen;
Frauenanteile in allen Hierarchien zu erhöhen;
Frauenanteile bei allen Weiterbildungsmaßnahmen deutlich auszuweiten;
Existenzgründungen von Frauen gezielt zu unterstützen;
Rahmenbedingungen zur Vereinbarung von Beruf und Familie für Väter und Mütter zu verbessern.



Rot-grün fand viele Wählerinnen wegen der Versprechungen für Kinder

Wir wollen daher verschiedene Konzepte von Rot-Grün und von Unionsseite kurz vorstellen und kommentieren.

Steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1998 ist sozial völlig schief. Wird es wortwörtlich umgesetzt, passiert Folgendes: Ein Kinderfreibetrag im Steuertarif für die Betreuungskosten, unabhängig davon, wer das Kind betreut, ob die Mutter oder eine Einrichtung, entlastet wegen der Progression im Steuertarif vor allem die gut und bestens Verdienenden. Das wäre zwar im Sinne einer Selbstreproduktion der „neuen Mitte“ (Staatsknete reinpumpen, damit der eigene Nachwuchs was wird), ist aber für Sozialdemokraten politisch zu riskant, weil allzu offensichtlich die soziale Gerechtigkeit fehlt. Außerdem, so wenigstens die Rechnungen, die früher Theo Waigel und jetzt Hans Eichel im Finanzministerium anfertigen ließen, ist das Ganze eine zu große Belastung für den Staatshaushalt.

Rot-Grün hat bisher versucht, diesem Konflikt auszuweichen, indem das Kindergeld erhöht wurde und noch weiter wird und indem zum anderen die Kinderbetreuung stärker mit Staatsmitteln gefördert werden soll. Wie das allerdings genau zugehen soll, ist noch offen: Kindergarten, Tagheime, Schulen sind Sache der Länder bzw. der Kommunen, und der Bund kann da zum Glück wenig tun. Also bleibt der Punkt in dem Entwurf zum Leitantrag für den Parteitag der SPD im Herbst an dieser Stelle noch offen (siehe Kasten).

Eine Möglichkeit zur Finanzierung höherer Steuernachlässe für Kinder wird im SPD-Leitantrag angedeutet und von den Grünen seit längerem propagiert: die Abschaffung oder Kappung des sogenannten Ehegattensplittings (vereinfacht: die Einkommen von Verheirateten werden zusammenaddiert, durch zwei geteilt und dann versteuert, was vor allem die Kombination begünstigt: Frau

arbeitet nicht, Mann verdient viel). Ob hier allerdings allzu viel passiert, darf bezweifelt werden, die Eingriffe in zahlreiche Lebensplanungen wären zu hart.

Familiengeld als Prämie für Kind

CDU und CSU propagieren ein sogenanntes Familiengeld, es existieren verschiedene Varianten des Vorschlags, wir haben hier den der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU dokumentiert (siehe Kasten).

Während Rot-Grün im Ideologischen eher liberal bis libertär verfährt („Anerkennung der verschiedenen Lebensformen“, „Verlagerung der Förderung weg vom Trauschein hin zu den Kindern“), beim Geld allerdings knallhart in Richtung „neue Mitte“ die Ströme lenkt, versucht die Union das zu fördern, was sie als klassische Familie begreift. In der Begründung für das Familiengeld (zwischen 1000 und 1200 DM in den ersten drei Lebensjahren pro Kind) betonen Unionspolitikerinnen: das Familiengeld sei ein „Leistungslohn für gesellschaftlich erbrachte wertvolle Arbeit“. Zwar soll das Familiengeld unabhängig davon gezahlt werden, ob die Mutter berufstätig ist oder nicht, aber die Zielrichtung ist die Vollzeitmutter, allenfalls teilzeitbeschäftigt.

Über die Finanzierung äußert sich die Union noch eher vage, die stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Böhmer, meint, dass durch eine Umverteilung mit einer Reduzierung der Ausgaben bei der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe das Familiengeld aufzubringen wäre.

Damit verfolgt die Union eine Politik, wie sie zum Teil schon auf kommunaler Ebene praktiziert wird. In Stuttgart wurde eine sogenannte Familiencard eingeführt, die allen Kindern unabhängig vom Einkommen Ermäßigungen beim Eintritt fürs Freibad, Zoo oder Sportvereinen im Wert von 120 DM im Jahr gewährt. Gleichzeitig wurde freier Eintritt in diese Einrichtungen für Kinder von Sozialhilfeempfängern oder mit dem Einkom-

CDU/CSU: Familiengeld einführen – Kinder dürfen kein Grund für Sozialhilfe sein

„Kinder dürfen kein Grund sein, dass Familien in die Sozialhilfe gedrückt werden“, so der KPV-Bundesvorsitzende Peter Götz, MdB. Die KPV setzt sich damit für eine aktive Familienpolitik ein, bei der Kinder nicht zur Benachteiligung führen.

Der Hauptausschuss der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) spricht deshalb nachdrücklich für die Einführung eines dynamischen Familiengeldes in Höhe von zunächst 650 DM aus. Anstelle des Kindergeldes soll dies pro Kind und Monat für die ersten 18 Lebensjahre gezahlt werden. Für die ersten drei Lebensjahre des Kindes soll die Zahlung aufgrund des besonderen Erziehungs- und Betreuungsbedarfs in dieser Zeit auf 1000 DM aufgestockt werden. Die Leistung Familiengeld soll auf die Sozialhilfe angerechnet werden.

Der vorgeschlagene Betrag in Höhe von monatlich 650 DM ergibt sich aufgrund der Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes, das einen Freibetrag von 13 000 DM jährlich für den Spitzensteuersatz von 50% vorsieht, die einer Leistung von 6 500 DM jährlich entspricht. Dies wäre mit 550 DM monatlich gewährleistet. Eine soziale Komponente ergibt sich durch die Integration nicht erzielter Freibeträge. Die weiteren 100 DM ergeben sich aus den durch indirekte Steuern entstehenden Belastungen, die den Familien auf diesem Wege zurückerstattet werden sollen. In jedem Fall sollten die durch indirekte Steuern (MWSt, Ökosteuer) und Abgaben für Familien überproportionalen Belastungen durch einen Teil des Familiengeldes kompensiert werden.

Dass für die ersten drei Lebensjahre des Kindes die Familiengeldzahlung aufgrund des besonderen Erziehungs- und Betreuungsbedarfs in dieser Zeit auf 1 000 DM aufgestockt werden soll, entspricht einer logischen Zusammenführung der bisher in diesem Alter nebeneinander gezahlten Leistungen für Kinder- und Erziehungsgeld.

men knapp darüber liegenden Familien gestrichen!

Elemente einer Grundsicherung

Von Teilen der Grünen wird ins Gespräch gebracht, zusätzlich zum Kindergeld allen Geringverdienern sowie Alleinerziehenden eine Grundsicherung von 200 DM monatlich pro Kind zu zahlen. Die Idee hat etwas für sich, weil sie ein gewisser Ersatz für die Freibeträge bei der Einkommen- und Lohnsteuer darstellt. Zudem würde sie den beträchtlichen Anteil von Alleinerziehenden oder Familien mit Kindern bei der Sozialhilfe verringern (eine Million Kinder leben von Sozialhilfe).

**Der ver.di-Gründungskongress (19.-
21.3.2001) hat einstimmig bei einer Ent-
haltung die folgende Entschließung ver-
abschiedet**

Sofortige Entschädi- gung von NS-Zwangs- arbeiter/innen !

Der ver.di-Gründungskongress ist empört, dass die im Sommer letzten Jahres beschlossene Regelung zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeit noch immer nicht zu Zahlungen an die Opfer geführt hat. Fast 56 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs warten etwa 1,5 Millionen Überlebende der NS-Zwangsarbeit noch immer auf eine Entschädigung für ihr Leid.

Hauptgrund für die anhaltende Verzögerung ist die monatelange Unfähigkeit der deutschen Wirtschaft, ihren bei den Verhandlungen zugesagten Beitrag von 5 Milliarden DM aufzubringen. Bei vielen Unternehmen, insbesondere denen, die keinen Pfennig zur Entschädigung der überlebenden Opfer beigetragen haben, herrscht auch heute noch kein oder nur ein sehr mangelhaftes Bewusstsein für die schwere Schuld, die die deutsche Wirtschaft mit der verbrecherischen Ausbeutung von Millionen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeitern in der NS-Zeit auf sich geladen hat.

Nachdem jetzt endlich das Geld da ist, weigert sich die Stiftungsinitiative der Wirtschaft, ihren Beitrag an die bestehende Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ zu überweisen. Sie stellt ständig neue Forderungen auf, wie weit die von ihr gewünschte Rechtssicherheit der Wirtschaft vor den Klagen der NS-Opfer gehen soll.

Der ver.di-Gründungskongress fordert die deutsche Wirtschaft auf, dieses erbärmliche Schauspiel umgehend zu beenden und ihren Beitrag sofort an die Bundesstiftung zu überweisen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, nicht vor der Wirtschaft einzuknicken und statt dessen alles zu tun, um die Einstellung der letzten großen Sammelklage in den USA zu erreichen und dann den Beginn der Auszahlung zu ermöglichen.

Die Parteien im Deutschen Bundestag werden aufgefordert, nach Einstellung dieser letzten großen Sammelklage ohne weitere Verzögerung die im Entschädigungsgesetz geforderte „Rechtssicherheit“ für die Wirtschaft festzustellen und damit endlich grünes Licht zu geben für den Beginn der Auszahlungen an die Opfer.

Am 11. August dieses Jahres endet für die Opfer und ihre Angehörigen die Frist für die Einreichung ihrer Anträge an die Entschädigungsstiftung. Deshalb muss der Bundestag vor Beginn seiner Sommerpause den Weg freimachen für den



Am 4. April trifft sich das Stiftungs-Kuratorium zu einer Sondersitzung. Nicht nur die Entscheidung der US-Richterin Kram ist Ursache dafür, dass die Auszahlung der Entschädigung an die überlebenden Zwangsarbeiter weiter und weiter verschoben wird. Die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft stellt ständig neue Bedingungen an die verlangte Rechtssicherheit. Nicht nur die seinerzeit anhängigen, sondern auch alle neuen Klagen vor US-Gerichten sollen abgewiesen sein, bevor die deutsche Wirtschaft Rechtssicherheit anerkennt. Ihr Ton ist erpresserisch und anmaßend. Ihr Sprecher Gentz erklärte in einem Brief an Lambsdorff vom 5.3. kurz und bündig: „Sie dürfen aber von uns nicht erwarten, dass wir Mittel der Stiftung zur Verfügung stellen, solange wir nicht für uns ausreichende Rechtssicherheit entsprechend dem Abkommen vom 17.07.2000 feststellen können.“ Die Rechtssicherheit stellt der Bundestag fest. In den nächsten Wochen kommt es darauf an, den öffentlichen Druck auf Wirtschaft und Politik zu erhöhen. **scc**

Beginn dieser Zahlungen. Alles andere ist moralisch nicht vertretbar.

Im Zusammenhang mit diesen Auszahlungen haben sich in den letzten Wochen und Monaten viele Opfer an deutsche Behörden und Ämter gewendet, um Belege für ihre Leidenszeit zu bekommen.

Der ver.di-Gründungskongress appelliert an alle Kolleginnen und Kollegen, diesen Biten der Opfer umgehend und vorrangig nachzukommen. Bund, Länder und Gemeinden werden aufgefordert, in ihren entsprechenden Einrichtungen (Landes- und kommunale Archive, Standesämter, Finanzämter und andere Einrichtungen) nach diesen Belegen zu forschen bzw. Kolleginnen und Kollegen für diese dringen notwendige Arbeit freizustellen. Es darf keine Mühe gescheut werden, den Opfern zu helfen!

Mit dem überfälligen Beginn der Auszahlungen ist das Kapitel NS-Zwangsarbeit nicht beendet. Die Geschichte dieses „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ (so das Urteil des Nürnberger Gerichts der Alliierten nach 1945) muss aufgeklärt und historisch aufgearbeitet werden. Viele Forschungen haben begonnen, noch mehr müssen folgen.

Der ver.di-Gründungskongress erwartet, dass Bund, Länder und Gemeinden sowie die Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ dazu auch finanziell tatkräftige Beiträge leisten. Die deutschen Unternehmen werden aufgefordert, ihre Firmenarchive für die Erforschung dieses dunklen Kapitels der deutschen Geschichte zu öffnen. Es darf keinen Datenschutz für die Täter und keinen Schlussstrich unter die NS-Zeit geben.

Begründung:

Entgegen allen Erwartungen im letzten Sommer hat die Auszahlung der Entschädigungen an die noch lebenden etwa 1,5 Millionen Überlebenden der NS-Zwangsarbeit noch immer nicht begonnen. In den letzten Tagen sind von Vertretern der Regierung und der Opposition sogar Vermutungen geäußert worden, die Auszahlung könnte möglicherweise noch weitere Monate blockiert werden, bis den Forderungen der Wirtschaft nach Rechtssicherheit genügend nachgekommen sei. In dieser Situation muss der Gewerkschaftstag deutlich machen, dass im Vordergrund aller Überlegungen die Opfer der NS-Zwangsarbeit stehen müssen.

Neuer Anschub für das Transatlantische Bündnis?

Wie einer Mitteilung der Bundestagsfraktion der CDU zu entnehmen war, begab sich der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Rühe im Januar 2001 auf eine einwöchige Reise in die transkaukasischen Republiken Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Der Besuch „diente einer Bestandsauflnahme des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses in den seit neun Jahren unabhängigen, früher zur Sowjetunion gehörenden Republiken“. Das Hauptinteresse galt „strategischen Fragen, die sich aus der Förderung und dem Export aserbaidschanischen Erdöls ergeben“.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion hielt es offenbar für angebracht, sich selbst über den Fortgang der Ereignisse im südlichen Kaukasus und am Kaspischen Meer zu informieren. Das Interesse erscheint verständlich, wenn man bedenkt, dass sich die Auseinandersetzung um den Einfluss in dieser Region in den letzten Jahren wesentlich verschärft hat und die CDU befürchtet, dass deutscher Einfluss nicht ausreichend gesichert ist. Die BR Deutschland hat den Anschluss verpasst, was Politikern wie Volker Rühe offenbar zunehmend Sorge bereitet.

Rühes Absicht war es deshalb, sich über den „gegenwärtigen Stand der Entwicklung der Demokratie und der Menschenrechte“ in diesen Ländern zu informieren. Sowohl OSZE als auch Europarat hatten in Bezug auf diese Entwicklungen Vorbehalte angemeldet. Trotz der während der Wahlen in Aserbaidschan, z.B., im Januar vermerkten Mängel zu „fehlenden Standards“ – wie der Präsident des Europaparlaments, Russel Johnston, vermerkte – wurden Aserbaidschan und Armenien im Januar als Mitglieder des Europarates aufgenommen.

Interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass die SPD in einem Papier „Zukunftsregion Kaspisches Meer“, das unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Gernot Erler, erarbeitet wurde, schon 1998 registrierte, dass „aus europäischer Sicht ... eine stabile und konfliktvermeidende Entwicklung in der Kaspischen Region nur Erfolg haben kann, wenn es zu einem Ausgleich zwischen den Interessen der acht Länder der Region, aber auch aller übrigen betroffenen Regional- und Großmächten kommt ... Monopolstrukturen bei der Erschließung der Öl- und Gasvorkommen schaden einem solchen wünschenswerten Interessenausgleich ebenso wie die Ausgrenzung und Interessenschädigung eines oder mehre-

rer der genannten Staaten.“ Es klingt Bedauern an, dass Europa noch nicht über die Mittel, sprich auch die militärischen, verfügt, um dort nachdrücklich seine Interessen zu markieren. Nun hat sich die EU mit den Helsinkier Beschlüssen zur Schaffung einer EU-Streimacht näher an das Ziel, eine „Interventionsmacht“ zu sein, herangebracht. Rudolf Scharping, der das Vorwort zu dieser Studie schrieb, betonte schon 1998, dass es „für Deutschland und Europa attraktive Gestaltungsmöglichkeiten gibt, um eine friedliche Zukunft zu unterstützen und den eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen Geltung zu verschaffen“.

Rühe, der nun in einem „Analyse“-Papier seine Auffassung darlegt, moniert, dass die Bundesregierung offenkundig die strategische Bedeutung der Region für den Westen unterschätzt. Er schlussfolgert, dass die Bedeutung des kaspischen Öls und Gases für Europa zunimmt, wie die Quellen der Nordsee in Kürze sich erschöpfen.

Rühe schlussfolgert messerscharf, dass es zu einer „Kollision unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Interessen“ und zur „Bildung strategischer Achsen quer durch den Kaukasus“ kommt. Nach Rühe versucht Russland, seine fehlenden wirtschaftlichen Einflussmöglichkeiten durch Schürfung der vorhandenen Konflikte in Nagornij Karabach und Abchasien zu kompensieren. Russland sei es auch, das Georgien mit der Einstellung der Gaslieferungen mit Eintritt des Winters und der Einführung der Visumpflicht besonders unter Druck setzt. Rühe sieht in Georgien den Schlüssel für die Sicherung des Ost-West-Korridors von Zentralasien über Aserbaidschan nach Europa. Er folgt als Transatlantiker in diesem Punkte hundertprozentig der Auffassung Zbigniew Brzezinskis, der im Falle Georgiens den „test case“ der Beziehungen Russlands zum Westen sieht. „Hier ist der Krieg zum Greifen nahe – etwa durch ein Übergreifen des Tschetschenien-Krieges auf den Südkaukasus.“ Die BRD sehe diese Entwicklung gelassen, teilweise aus Unterschätzung der Bedeutung der Region, teilweise aber auch aus der „Gewissheit, dass die Amerikaner im Ernstfall schon die Kastanien aus dem Feuer holen werden“.

Rühe beantwortet konsequent die Fragen seines Nachfolgers im Kriegsamt der Bundesrepublik, die der noch in der SPD-Studie aufgeworfen hatte. „Bei allem Respekt vor legitimen russischen Anliegen müssen wir Ansprüche Russlands auf exklusive Interessenwahrung insbesondere in Georgien entschieden zurückweisen.“ Rühe mahnt eindringlich, die Interessen der BRD und Europas gegenüber z.B. den russischen mit allen Mitteln durchzusetzen. Das kommt einem Szenario gleich, wie es die NATO im Kosovo anwandte.

Die Tatsachen sprechen jedoch eine andere Sprache. Russland ist keineswegs an einer Ausweitung des Tschetschenien-

Konfliktes interessiert. Sein Bestreben ist es seit langem, jegliche Einmischung in seine inneren Angelegenheiten zu vermeiden. Was den Konflikt in Tschetschenien anbetrifft, scheint der Westen sogar froh zu sein, dass der Konflikt, der durch militante islamische Kräfte ausgenutzt wurde, von Russland allein ausgetragen werden muss, deshalb auch keineswegs zur Stärkung russischer Positionen beiträgt. Der Westen weiß ganz genau, dass die in Mittelasien sich entwickelnden Auseinandersetzungen, mit von den Taliban und anderen militärischen Organisationen um Osama bin Laden unterstützten Gruppierungen, Russlands Aufmerksamkeit an seiner Südgrenze binden werden. CIA-Berichten zufolge hat sich die Unterstützung für die tschetschenischen Separatisten verstärkt und weitere Ausläufer sind auf dem Balkan, im Kosovo und Albanien aufgetaucht. Den Westen beunruhigt dabei besonders die Tatsache, dass es nicht nur zu militärischen Konflikten kommt, sondern dass Drogen und Drogenhandel sich über diese Wege ausbreiten.

Rühe verschweigt diese Tatsachen und sieht allein in Russland die Gefahr.

Er setzt den Schwerpunkt auf die Einflussmöglichkeiten, die die BRD und Europa haben, und fordert eine engere Anbindung der drei Republiken an Europa: Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Besonders Bedeutung misst er einzelnen Politikbereichen zu, u.a. der Verkehrs- und Energiepolitik.

Nun arbeitet die Europäische Union schon langfristig an der Durchsetzung europäischer Interessen in der Region. Sie ist der größte Geldgeber für die verschiedensten Programme, z.B. für das TRACE-CA-Programm (Transitkorridor Europa-Kaukasus-Asien), das den Bau eines Straßennetzes um Russland herum vorsieht. Russland setzt zur Wahrung seiner Interessen auf die Entwicklung eines gemeinsamen Marktes „Transcam“, einschließlich von Freihandelszonen in Ossietien. Russische Vertreter verhandelten z.B. mit dem Präsidenten Georgiens, Schewardnadse, über den Bau einer Hochstraße vom Ural über den Kaukasus in Richtung Türkei.

Auch in der Energiefrage lässt sich eine bedeutende Übereinstimmung zwischen dem Erler-Papier und der Rühe-„Analyse“ ablesen. Auch die SPD setzt auf die OSZE und den „Prozess der Europäischen Energiecharta mit dem Energievertrag“, weil sie „dazu beitragen, dass in der Kaspischen Region Elemente einer präventiven Friedenspolitik und ... Interessenausgleichs mehr Chancen erhalten.“

Ziel des Energievertrages ist die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für die Förderung einer langfristigen Zusammenarbeit: Schutz von Investitionen, Handel mit Energieträgern, Transit und Sicherung der Transitwege etc. Die russische Duma hat bisher die Ratifizierung dieses europäischen Vertrages noch nicht

beschlossen, den 52 Staaten unterzeichneten und der seit 1998 in Kraft ist. Russische Einwände betreffen vor allem die wirtschaftlichen Auswirkungen der Charta. Nach Angaben des russischen Gaskonzerns Gasprom verliert das Land durch den Vertrag Milliarden Dollar, so z.B. verlor Russland im Jahr 2005 etwa 10 Milliarden Dollar bei gleichbleibendem Umfang der Exporte im Vergleich zum Jahr 2000. Russland müsste ebenfalls seine Transitwege für turkmenisches und kasachisches Gas öffnen, wobei innerstaatliche Tarife geltend gemacht würden. Gegenwärtig betragen sie 50 Cent für den Transport von 1 000 m³ Gas für 100 km, was fünfmal niedriger als der europäische Preis ist. Zugute kämen diese Vorteile vor allem den in den GUS-Staaten tätigen internationalen Energiegiganten Exxon, Shell und Moboil, nicht etwa den nationalen turkmenischen oder kasachischen Unternehmen.

Russland sucht in Verhandlungen mit den entsprechenden Institutionen nach Wegen, um seine Interessen im Energiegeschäft zu wahren.

So nimmt es nicht Wunder, dass Volker Rühe von der Politik fordert, die „Ost-West-Tangente durch den Kaukasus offen zu halten“ und sich „jedwedem Tendenzen, die Kaukasusrepubliken in eine seitige Abhängigkeit zu bringen und diese für die Durchsetzung eigener Interessen zu instrumentalisieren, entgegenstellen.“

abe

Nach Angaben der Hadep nahmen in der ganzen Türkei rund 2 Mio. Menschen an den Newrozfeiern teil, fast doppelt so viel wie im Vorjahr. In 43 Städten waren die Veranstaltungen der Hadep von den türkischen Behörden genehmigt worden, in 18 Städten wurden die Feiern verboten. Die größten Veranstaltungen waren in den kurdischen Gebieten in Diyarbakir mit rund 500 000 Menschen, in Batman, Icel und Van mit je 100 000. Auch im Westen der Türkei nahmen viele Menschen teil: in Adana etwa 70 000, Ankara 8 000, Bursa 10 000, Iskenderun 10 000, Izmir 50

000, Konya 7 000. In Istanbul demonstrierten trotz Verbot 25 000 im Zentrum und weitere Tausende in den überwiegend von Kurden bewohnten Stadtteilen. In Dersim (Tunceli), wo erstmals seit 1980 eine Newrozfeier stattfand, nahmen von 15 000 Einwohnern 6 000 teil. Zuvor hatte es überall in der Türkei nächtliche Feiern gegeben, bei denen das traditionelle Newrozfeuer angezündet wurde. Die türkische Polizei nahm über 400 Menschen fest. Vielerorts versuchten die türkischen Sicherheitskräfte mit Straßensperren die Anreise von Teilnehmern aus den Dörfern zu den Festlichkeiten zu verhindern. – Der Hadep-Vorsitzende Bozlok kritisierte in Diyarbakir, dass das „nationale Programm für die EU-Mitgliedschaft“ weiter den Kurdenkonflikt ignoriere. Nach Einstellung des bewaffneten Kampfes der PKK seien zwar leichte Entspannungen in den Kurdengebieten zu sehen, aber der Staat verweigere weiterhin den Dialog.

rub

EU-“Reformprogramm der Türkei“

Keine Änderung der Politik in Sicht

Am 20.3. legte der stellvertretende türkische Ministerpräsident Yilmaz das „Nationale Programm für die Annahme des Besitzstandes der EU“ vor, das Reformkonzept für den Weg in die EU. Wer sich auf baldige Veränderungen in der Türkei in Bezug auf Menschenrechte und Anerkennung der kurdischen Realität Hoffnungen machte, muss diese nun zumindest für längere Zeit begraben. Laut Yilmaz würde sich mit den vorgelegten Reformen die politische, soziale und administrative Struktur der Türkei fundamental verändern und die Türkei auf den Standard der modernen Zivilisation gehoben.

Die wichtigen Reformen im Bereich der Menschenrechte, ob bei freier Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Abschaffung der Todesstrafe – alles wird in dem Bericht nur vage behandelt, aber nicht tatsächlich geändert. Vielmehr heißt es in dem Bericht regelmäßig, dass die bestehenden Gesetze „überprüft“, „diskutiert“ oder irgendwie geändert werden sollen. Zu den Folterungen und den Zuständen in den Gefängnissen verweist der Bericht lapidar auf die bestehenden Gesetze hin, die „verbesserte“ Ausbildung der Polizei und die neuen F-Typ-Gefängnisse.



Zur Frage der Kurden und anderen Minderheiten der Türkei stellt der Bericht fest, dass die Unterrichtssprache „türkisch“ ist. Von Radio- und Fernsehsendungen ist keinesfalls die Rede. Zwar dürfe im Alltag jeder Mensch eine andere Sprache benutzen – der Bericht spricht von „Dialekten“ und „Mundarten“ – doch dürfe das nicht zu „separatistischen“ Zwecken genutzt werden. So steht die Forderung nach kultureller Autonomie und politischer Mitbestimmung weiterhin unter Strafe. Ein Zeitpunkt für die Aufhebung des Ausnahmezustandes in den kurdischen Provinzen ist nicht genannt. Auch wann die uneingeschränkte Macht der Sondergouverneure in diesen Provinzen beendet werden soll, lässt der Bericht offen. An eine Abschaffung der dominierenden Rolle des Militärs, wie vom Europäischen Parlament gefordert, ist nicht gedacht. Der Nationale Sicherheitsrat wird als Verfassungsorgan bezeichnet, sein Status wird nicht angerührt oder gar das Militär unter die Kontrolle von Parlament und Regierung gestellt.

Großen Widerstand seitens der EU-Staaten oder der USA muss die Türkei nicht befürchten. Die Finanzminister und Notenbankchefs der G-7-Staaten haben dem Programm sofort zugestimmt. Die einschneidenden sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen des Programms fanden ihre Zustimmung. Dieser Teil stammt im Wesentlichen aus der Feder des IWF. Mit Kemal Dervis stellt heute der IWF den Wirtschaftsminister der Türkei. Bei seinem Besuch am 22. März in Berlin lobte der deutsche Finanzminister Eichel das Programm der Türkei ausdrücklich als „mutig“: „Wir werden alles tun, ... dass die internationalen Finanzinstitutionen ... helfen.“ Das Milliardenprogramm des IWF reicht schon lange nicht mehr, die zerrüttete Ökonomie der Türkei am Laufen zu halten. Die Türkei wünscht mittlerweile 50 Mrd. \$ an Unterstützung. Nur im März sind 5 Mrd. \$ für den sofortigen Schuldendienst nötig. Und da fließt viel Geld nach Deutschland, das im Unterschied zu den USA nicht nur geostrategische Interessen an der Türkei hat. Deutsche Banken warten derzeit auf die Rückzahlung von 20 Mrd. an ausstehenden Krediten. Mit 15 Mrd. DM war die BRD der größte Handelspartner der Türkei im letzten Jahr. Siemens erhielt gerade einen Auftrag über 284 Mio. DM für den Bau von drei Kraftwerken in der Türkei.

Nach dem Zusammenbruch der türkischen Lira vor wenigen Wochen hat sich die soziale Lage der Bevölkerung drastisch verschlechtert. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen fiel von 3000 auf 2000 \$, das Mindereinkommen für ungelernte Arbeitskräfte schrumpfte auf 100 \$ monatlich. An den Privilegien der türkischen herrschenden Klassen, diesem Gestüpp von Wirtschaft, Mafia und Militär rüttelt das Programm nicht. Und die EU und USA unterstützen weiterhin Repression in der Türkei und Krieg in Kurdistan mit Milliarden.

rub

Ehemaliger EU-Beauftragter fordert Neuauflage des kolonialistischen Grenzregimes

Mal wieder ein Berliner Kongress?

In Westeuropa ist nach den jüngsten Kämpfen zwischen albanischen Separatisten und mazedonischen Sicherheitskräften eine Diskussion um die Ziehung neuer Grenzen auf dem Balkan aufgeflammt.

Lord David Owen, ehemaliger Staatssekretär im britischen Außenministerium und Bosnien-Gesandter der Europäischen Union (EU) Anfang der 90er-Jahre, hatte in einem Artikel im *Wall Street Journal* eine Neuauflage des Berliner Kongresses von 1878 gefordert. Bei der damaligen Zusammenkunft der europäischen Großmächte unter der Leitung des Reichskanzlers Otto von Bismarck erhielten unter anderem Rumänien, Serbien und Montenegro ihre Unabhängigkeit sowie Österreich das Mandat zur Besetzung Bosniens und der Herzegowina.

Nach Aussagen von Owen wird die Friedensmission der NATO zunehmend unmöglich. US-Präsident George W. Bush solle überdenken, ob der Kosovo gegen den Willen seiner weitgehend albanischen Einwohner zum Verbleib bei Jugoslawien gezwungen werden könne. Mit Blick auf die Wahl zwischen ständigem Kampf und Unabhängigkeit solle sich der Westen für den sicheren Frieden entscheiden, argumentierte Owen. Die Albaner im Kosovo fordern die Unabhängigkeit der südserbischen Provinz von Jugoslawien. Sie stellen im Kosovo die Mehrheit und im angrenzenden Mazedonien etwa ein Drittel der Bevölkerung. Owen plädierte für den Anschluss der bosnischen Serbenrepublik an Serbien als Gegenleistung für die Unabhängigkeit Montenegros. Serbien und Montenegro bilden die Bundesrepublik Jugoslawien. Für Mazedonien, wo Albaner etwa ein Drittel der Bevölkerung stellen, sehe er allerdings keine geographische Lösung. Er forderte stattdessen die EU zu mehr wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hilfe auf.

Owen steht hier nicht allein. Geradezu kriegshetzerisch und sprachlich schon fast an der europäischen Großraumideologie angelehnt, propagiert Christian Schmidt-Häuer in der letzten Ausgabe der *Zeit* die Neuordnung des Balkans, auch er bemüht den ehemaligen deutschen Reichskanzler als Zeugen.

Nach Auffassung von Schmidt-Häuer kann eine Neuordnung des Balkans „nur gelingen, wenn der westliche

Balkan bis nach Mazedonien zu einer Art Großraumprotectorat der EU wird. Der westliche Balkan muss ein Protectorat der EU werden. Zweitens: Die Europäer müssen sich dazu durchringen, militärisch unabhängiger von den Amerikanern zu handeln. Dazu besteht jetzt Gelegenheit. Die Regierung Bush hält sich in der Balkanpolitik vorerst bedeckt. Wenn es Berlin und Paris, Rom und Madrid mit ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ernst meinen, können sie im Übrigen von den Amerikanern auch nicht länger verlangen, was Bismarck schon keinem pommerschen Grenadier zumuten wollte: nämlich die eigenen Knochen auf dem Balkan hinzuhalten. Allerdings wollte Bismarck die ‚orientalische Wunde‘ schwärzen lassen, um die anderen Mächte gegeneinander auszuspielen. Die europäische Gemeinschaft will sie schließen, um stärker zu werden. Keine Wunde aber lässt sich nähen, ohne einen Blutstropfen zu riskieren.“

Von dem deutschen Außenminister wird man nicht so ohne weiteres erwarten, dass er „Blutstropfen riskiert“. Aber trotz seiner unbestimmt-verschleiern Ausdrucksweise sind doch seine Aussagen in der FAZ vom 22.3.01 interessant. Er sagte zwar, dass die Staatengemein-

schaft die territoriale Integrität der Republik Mazedonien wahren und das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen aufrechterhalten will. Aber schon die folgenden Aussagen relativieren die Unverletzlichkeit von Grenzen. Denn: „Eine gewaltsame Veränderung der Grenzen wird die Staatengemeinschaft nicht zulassen“, und „die albanische Frage (ist) virulent und offen“.

In Albanien wie vor allem im Kosovo müsse klar sein, dass den legitimen Interessen der Albaner nur in einer „europäischen Perspektive“ Rechnung getragen werden könnte.

Zunächst: „die albanische Frage (ist) virulent und offen“. Was ist für den deutschen Außenminister die albanische Frage? Historisch gesehen verstand man darunter immer die Forderung der Albaner nach Schaffung eines Großalbanien. Meint das Fischer auch? Sagen tut er es zumindest öffentlich anders. Großalbanien wird als Konstrukt abgelehnt. Aber vielleicht steckt dahinter ja sozusagen eine kleinalbanische Lösung, wie sie auch von Owen gefordert wird, d.h.: Abtrennung des Kosovo von Jugoslawien. Dies nicht gewaltsam, aber durchaus innerhalb der „europäischen Perspektive“, und das liest sich doch genau in dem Sinne des „Zeit-Leitartiklers“ mit seinem „EU-Großraumprotectorat“. Das Konzept, das dahinter steht, ist klar. Die Menschen in der Region sind nicht in der Lage, eine Regelung im „europäischen Sinne“ zu treffen, also fragen wir sie nicht lange und handeln, wie wir es für richtig halten.

Michael W. Weithmann hat in seinem Buch „Balkan Chronik – 2000 Jahre zwischen Orient und Okzident“ die Politik der Großmächte damals wie heute präsentiert: „Beim Blick auf das Staatsensystem Südosteuropa nach 1878 ist nicht zu übersehen, dass es sich um eine Konstellation von Pufferzonen, Satellitenstaaten und Vasallenstaaten handelt. Eine jederzeit verfügbare Manövriermasse zum territorialen Ausgleich der Großmächte. Wirklich souverän ist kein Balkanstaat. Wirtschaftlich sind die neuen Staaten absolut lebensunfähig gehalten und immer auf Hilfe von außen angewiesen: der ‚Hinterhof Europas‘ – bis heute.“ hav





Über das Internet und Mailinglisten mobilisierten globalisierungskritische Gruppen erneut Tausende Menschen, um gegen eine Konferenz des Global Forum zum Thema „Internet und Regierung“ in Neapel zu protestieren. Die Demonstranten lieferten sich heftige Straßenschlachten mit der Polizei. Dabei wurden 100 Personen verletzt und ebenso viele festgenommen. Gleichzeitig fand am vergangenen Wochenende das erste Treffen globalisierungskritischer Basisbewegungen aus West- und Osteuropa, in Mailand statt. Es ging vor allem um die inhaltliche politische Ausrichtung der Protestbewegung. Weitere Informationen unter www.agp.org. (Bild: ND)

Türkei: Politischer Gefangener starb im Todesfasten

Am 153. Tag des Todesfastens politischer Gefangener verlor Cengiz Soydas im F-Typ-Gefängnis Sincan sein Leben. Er starb, als er aus dem Gefängnis ins Krankenhaus verlegt werden sollte. Das Todesfasten, an dem sich Hunderte Gefangene befinden, dauert an. Nach der militärischen Erstürmung der Gefängnisse Mitte Dezember, bei dem 28 Gefangene getötet wurden, wurden insgesamt ca. 1200 Gefangene in die neuen F-Typ-Isolationsgefängnisse verlegt, von der Welt weitgehend abgeschnitten, wurden und werden viele gefoltert, vergewaltigt und systematisch schikaniert. Eine besondere Tortur ist nach Angaben von Ärzten die gewalttätige Zwangsnährung. Viele Todesfastende sind jetzt an der Schwelle des Todes. Einige sind auf 30 kg abgemagert. Die Angehörigen appellieren an die europäische Öffentlichkeit, nicht zuzuschauen, wie Hunderte ihrer Kinder zu Tode kommen. (Quelle: IKM, scc)

Türkei : Strafverfahren gegen 17 Frauen und 2 Männer, die über sexuelle Folter berichteten

Am 21.3.01 begann vor einem Istanbuler Strafgericht zum ersten Mal ein Strafverfahren gegen Betroffene von sexueller Folter, deren Unterstützer/innen, Angehörigen und Anwält/innen. Ihnen wird vorgeworfen, durch Berichte über eigene erlebte sexuelle Folter und den Hinweis auf die Realität des Einsatzes dieses Repressionsinstrumentes insbesondere gegen kurdische Frauen den „türkischen

Staat und seine Sicherheitsorgane unanglimpt“ zu haben. Hintergrund ist ein Kongress zum Thema „Sexuelle Folter, verübt durch staatliche Sicherheitskräfte“, der im Juni 2000 in Istanbul stattgefunden hatte. Unter den Angeklagten befinden sich sowohl die Organisatorinnen des Kongresses als auch von sexueller Folter betroffene Frauen, Angehörige und Rechtsanwältinnen. Auf diesem Kongress berichteten die jetzigen Angeklagten über die an ihnen und anderen verübte sexuelle Folter, insbesondere Vergewaltigung durch Sicherheitskräfte. Der Prozess fand in einem Raum statt, in dem gerade Platz für die Prozessbeteiligten war. Jedoch war ein auffällig großer öffentlicher Andrang – insbesondere durch Medienvertreter/innen – zu verzeichnen, so dass die Öffentlichkeit nur darüber hergestellt werden konnte, dass die Besucherinnen zum Teil mit auf den Anklagebänken und zum Teil auf dem Boden Platz nahmen. Die Tür zum Verhandlungssaal blieb offen, da sich auch auf dem Korridor noch etliche Besucherinnen drängten. Alle Angeklagten, die zu Worte kamen, betonten, dass nicht sie als Betroffene, sondern die staatlichen Täter von und die Verantwortlichen für sexuelle Folter strafrechtlich belangt werden müssten. Die Rechtsanwältin Eren Keskin wies auf einen besonders offensichtlichen Ermittlungsfehler hin: Eine der Angeklagten – selber Betroffene von Folter und Vergewaltigung – befand sich zur Zeit des Kongresses nachweislich in Haft. Nun ist sie angeklagt, auf dem Kongress als Rednerin aufgetreten zu sein. Zwecks Durchführung weiterer Ermittlungen wurde der Prozess auf den

21.6.2001, 14 Uhr 30, vertagt. Die Angeklagten hoffen, dass durch noch größeres internationales Interesse und die Entsendung weiterer Prozessbeobachtungsdelegationen eine Verurteilung verhindert werden kann. Sie gehen davon aus, dass das gegen sie eingeleitete Verfahren lediglich andere Frauen davon abhalten soll, sich gemeinsam gegen sexuelle Folter zu verhalten. Ein Freispruch würde daher die betroffenen Frauen ermutigen, ihr Schweigen zu brechen und die Bestrafung der Täter zu fordern. (Quelle: Prozessbeobachtungsdelegation des FrauenRechtsBüros gegen sexuelle Folter Istanbul, 21.03 01)

Kolumbien: USA bestehen auf Ausdehnung des „Plan Colombia“

Für die US-Regierung besteht kein Unterschied zwischen Drogenhändlern und linksgerichteten kolumbianischen Guerillagruppen. Das erklärte der US-amerikanische Unterstaatssekretär für Drogenfragen, Rand Beers, während seines Besuchs in Kolumbien. Humanitäre kolumbianische Organisationen bewerten diese Erklärungen vor dem Hintergrund der Umsetzung des „Plan Colombia“ als Rechtfertigung für die zunehmende bewaffnete Gewalt in dem südamerikanischen Land. Anfangs bestand der „Plan Colombia“ angeblich vor allem zum Zweck wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung. Er hatte das offizielle Ziel, den Drogenhandel zu bekämpfen und den Anbau von Koka, den Grundstoff zur Herstellung von Kokain, einzudämmen. Jetzt steigen die für die Anschaffung von Waffen bereitgestellten Gelder mit jeder Ankündigung einer neuen Phase im Krieg gegen Drogen und Guerilla. Eines der größten Hindernisse im Friedensprozess stellt eine aktuelle Forderung der US-Regierung dar: etwa 20 kolumbianische Guerillaführer, denen die USA Beziehungen zum Drogenhandel vorwerfen, sollen an die Vereinigten Staaten ausgeliefert werden. (POONAL)

Israelische Soldaten verweigern

Mehr als 600 israelische Armeeangehörige und Reservisten haben seit Beginn des palästinensischen Aufstandes vor sechs Monaten ihren Kommandeuren mitgeteilt, dass sie den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern. Das teilte vorige Woche die Organisation Jesch Gwul mit. Die meisten Regimentskommandeure nehmen auf diese Bitte Rücksicht und versetzen diese Dienstverweigerer auf Posten innerhalb Israels. Aber immer wieder gibt es Kommandeure, die solche Untergebene vor ein Feldgericht zerren und sie in den Militärknast schicken. Vor etwa zwei Monaten wurden erstmals auch vier Soldatinnen zu Gefängnis verurteilt, weil sie den Dienst in den besetzten palästinensischen Gebieten verweigert hatten. (Quelle: UZ)

Zusammenstellung: hav

WIDERSTAND

KÖLN. Internationale Töne erfüllten am 17. März die Luft des Kölner Hauptbahnhofes. Das Kölner Blasorchester „Dicke Luft“ blies dem dort tätigen Bundesgrenzschutz „den Marsch“. Anlass war die Auftaktveranstaltung des „Komitees gegen amtlichen Rassismus“ (KOGAMRA), auf der die Beiratsmitglieder des Komitees, der Kaberettist Heinrich Pachl und der Stadthistoriker Dr. Martin Stankowski, die Arbeit dieser neuen Initiative vorstellten. Der Bundesgrenzschutz wird nun für mindestens drei Monate bei seinen Kontrollen „beobachtet“. Tag und Nacht kontrolliere er gezielt Leute, die nicht wie Deutsche aussehen. In einem Faltblatt fordert das Komitee in acht Sprachen die Bahnhofsbesucher auf, sich unter der Kontaktnummer 0221/5101847 zu melden, wenn sie selber Opfer von Diskriminierungen durch Bundesgrenzschutzbeamte werden oder solche beobachten. Die 150 Mitglieder des Komitees demonstrierten mit Musik, Spruchbändern und einem Transparent hoch unter dem Dach der Bahnhofshalle für ein Köln, das sich zurecht „weltffen“ und „tolerant“ nennen kann.

www.kmii-koeln.de



Foto: Arbeiterfotografie Köln

Demo am 7. April: „Wir geben denen eine Stimme, die keine haben“

DÜSSELDORF. The Voice, Antifa-KOK, antifaschistische und antirassistische Gruppen sowie Flüchtlingsinitiativen rufen zur Demonstration am 7. April in Düsseldorf auf, ab 12 Uhr Schadowplatz. Sie kritisieren: „Die Lebensverhältnisse von Flüchtlingen in Deutschland sind erbärmlich und menschenunwürdig. Während dem deutschen Schäferhund 12 m² zustehen, haben Flüchtlinge laut Gesetz Anspruch auf 3 m² private Wohnfläche. Die AsylbewerberInnenunterkünfte sind oft eingezäunt, Pförtner kontrollieren Besuche sowie den Ein- und Ausgang der BewohnerInnen. Die Unterbringung fördert nicht die Integration der Flüchtlinge, sondern isoliert sie von der Gesellschaft und macht sie zur Zielscheibe neonazistischer Angriffe“. Ihre Forderungen lauten: „Schließung der AsylbewerberInnenheime und Unterbringung in Wohnungen! Abschaffung der Residenzpflicht! Aufhebung des Arbeitsverbotes für Flüchtlinge und eine finanzielle Gleichstellung im Sozialrecht! Abschiebekläne und Sammellager auflösen! Bleiberecht für alle!“ www.zakk.de/kok/

Neofaschismus-Ausstellung in einer Schule bleibt – trotz DVU-Anzeige

WOLFEN (SACHSEN-ANHALT). Der Versuch der DVU, in Wolfen eine Ausstellung über „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ in einer Schule zu verhindern, ist gescheitert. Nachdem auf Veranlassung des DVU-Kreisverbandes am 14. März die Polizei die in der Erich-Weinert-Schule aufgebaute Ausstellung vorläufig schloss, wurde diese Maßnahme am nächsten Tag wieder aufgehoben. Entschieden wurde dies durch den Leiter der Schulaufsichtsbehörde Gräfenhainichen, Herrn Schädel. Die Ausstellung, die von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten erarbeitet und mit Unterstützung des IG Metall Bundes-

vorstandes herausgegeben worden ist, beschäftigt sich vor allem mit der Ideologie des Neofaschismus und zeigt dabei deren gewalttätige und menschenverachtende Konsequenzen. „Wenn sich hierdurch die DVU entlarvt fühlt, hat die Ausstellung durchaus die Richtigen getroffen“, kommentierte VVN-BdA Bundessprecher Dr. Ulrich Schneider. Es sei ein richtiges Signal, dass die Schulaufsichtsbehörde, die Schule und die Lehrerschaft sich für die Fortsetzung dieser Ausstellung eingesetzt hätten. Zivilcourage bedeutet auch, allen Versuchen der DVU, ihre Position als zum demokratischen Spektrum gehörig darzustellen, entgegenzutreten. Denn „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“ www.vvn-bda.de/bund/

AStA der Uni Postdam fordert: Bahnhofsuhr statt Kameras

POTSDAM. Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Uni Potsdam kritisiert Pläne des Polizeipräsidenten, am Hauptbahnhof eine Videoüberwachung einzurichten. „Es handelt sich hierbei um einen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte auch der Studierenden, die täglich zu hunderten am Hauptbahnhof ein- und umsteigen“, erläutert Till Meyer, Vorsitzender des AStA. Und Andreas Scha-



ckert, Referent für Hochschulpolitik, ergänzt: „Während für Ausgaben im Sozialbereich, für Schulen und vor allem auch in der Lehrerbildung seit Jahren selbst für Qualitätssicherung zu wenig Geld vorhanden ist, leistet sich das Land eine Videoüberwachung. Hier wird an den Symptomen kuriert, nicht an den Ursachen.“ Ihr konstruktiver Vorschlag: „Man sollte sorgfältiger überlegen, was den Potsdamern am Bahnhofsvorplatz fehlt. Wenn dort etwas angebracht werden muss, dann ist es eine große Bahnhofsuhr.“ www.astu.uni-potsdam.de

Protest türkischer Vereine gegen kurdische Tage an der VHS Stuttgart

STUTTGART. Die Stuttgarter Volkshochschule plant im Mai kurdische Tage im Treffpunkt Rotebühlplatz. Der Mesopotamische Kulturverein soll die drei Tage mit Tanz und Lesungen gestalten, türkische Vereine aber protestieren dagegen.

13 türkische Organisationen, darunter auch die Dachverbände der türkischen Vereine in Baden und Württemberg mit insgesamt 234 Mitgliedern, haben in einem offenen Brief von der Volkshochschule gefordert, sich von dem Mesopotamischen Kulturverein zu distanzieren und den Begriff „Kurdistan“ aus dem Titel der Veranstaltungsreihe zu streichen. Sie lehnen jegliche Zusammenarbeit mit dem Verein ab, da er der Föderation kurdischer Vereine (YEK-KOM) angehöre, die im Verfassungsschutzbericht aus dem Jahr 1999 als PKK-nah eingestuft werde.

Die VHS weist die Vorwürfe der türkischen Vereine zurück. „Es geht nicht darum, Separationsbestrebungen einzelner Volksgruppen zu unterstützen, vielmehr ist die Veranstaltung dazu da, Einblicke in die kurdische Kultur zu ermöglichen“, sagt VHS-Direktor Heinrich Schneider. Er verweist darauf, dass der Mesopotamische Kulturverein auch Mitglied im Forum der Kulturen sei (dort sind 180 Stuttgarter Vereine organisiert) und regelmäßig am Tag der Kulturen mitgewirkt habe. *Kurdistan Rundbrief 6/2001*

Dramatischer Wohnungsleerstand in den östlichen Bundesländern

BERLIN. Gegenwärtig wird im Osten ein Leerstand von ca. einer Million Wohnungen verzeichnet, darunter 400 000 kommunal und genossenschaftlich verwaltete. Einige der 250 in den neuen Ländern existierenden Wohnungsbaugesellschaften haben 15% Leerstand zu verkraften. Sie geraten damit immer mehr an den Rand der Zahlungsunfähigkeit und sind kaum noch überlebensfähig. Ihre Verschuldung wächst. Ursachen für den sich verschärfenden Zustand sind die verstärkte Abwanderung in die westlichen Bundesländer und die anhaltende niedrige Geburtenrate. Die Bevölkerungszahl hat sich um rund 1,4 Millionen Menschen in den letzten zehn Jahren verringert. Gleichzeitig wurden durch steuerliche Subventionen mehr als 800 000 Wohnungen im Osten neu gebaut.

Auf einem zweitägigem Kongress hat der Bundesverband der Wohnungsunternehmen (GdW) und der Deutsche Städte-Tag Alarm geschlagen. Obwohl die PDS wiederholt im Bundestag auf den sich verschlechternden Zustand aufmerksam machte, hat die rot-grüne Regierung nicht reagiert. Entgegen der versprochenen „Chefsache Osten“, wie Schröder während seiner Propagandatour im vergangenen Jahr durch die neuen Länder tonte, zeigt sich nichts als Hilflosigkeit, wie Christine Ostrowski, Wohnungspolitische Sprecherin der PDS im Bundestag sagte. Wie auf dem Kongress festgestellt wurde, kann aus dem Leerstand sehr bald ein Notstand werden.

abe

Polnische Regierung erlässt Einfuhrstopp für Schrottautos aus der BRD

FRANKFURT/ODER. Die Einfuhr schrottreifer, havarierter Autos hat sich in den letzten Jahren entlang der deutsch-polnischen Grenze zu einem erträglichen Geschäft für polnische „Reparaturbetriebe“ entwickelt. Tausende Schrotthaufen havarierter Autos verließen die Bundesrepublik Deutschland in Richtung Osten und Polen. Beim Verkauf der „überholten Autos“ wurden bis zu 20% Gewinn gemacht. Deutsche Behörden hatten schon 1996 die Notbremse gezogen und die Ausfuhr solcher Autos auf zwei Grenzübergänge (Pomellen und Schwedt) beschränkt. Nach vorliegenden Schätzungen waren allein im vergangenen Jahr etwa 29 000 Lafetten mit Schrottautos beladen abgefertigt worden. Täglich hatten bis zu 300 Schrottautos die Übergangsstelle Frankfurt/Oder passiert. Lange Wartezeiten waren bei der Grenzabfertigung die Folge. Die Fahrer nutzten die Wartezeiten, um Teile zu demontieren, weil auf Einzelteile weniger Einfuhrzoll zu entrichten war. Umweltverschmutzung durch ausfließendes Öl und Benzin waren die Folge. Die Anordnung der polnischen Regierung, die ab letzten Wochenende in Kraft ist, unter-

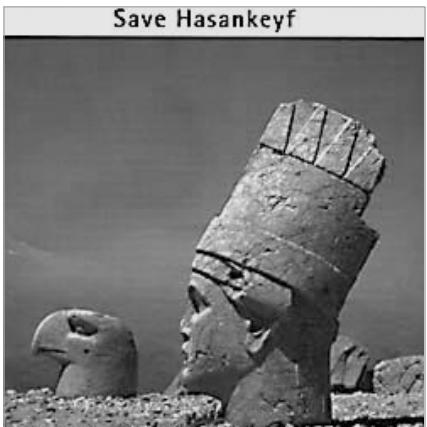
sagt die Einfuhr von Fahrzeugen, die nicht aus eigener Kraft und auf eigenen Rädern die Grenze passieren können.

Die verfügte Anordnung wird einer ganzen Branche jenseits der Oder mit dem Einfuhrverbot die Lebensgrundlage nehmen. Gute Aussichten für die kommende Erweiterung der Europäischen Union nach Osten.

abe

Sagen Sie nein zu Großstaudämmen in Ilisu und Tehri, Herr Minister Müller

BERLIN. Das Bundeswirtschaftsministerium will bald über Hermes-Bürgschaften für deutsche Firmen entscheiden, die Lieferungen für ökologisch, sozial und kulturell bedenkliche Großstaudammprojekte an die Türkei und nach Indien exportieren wollen. Gegen die drohende Verbürgung haben AktivistInnen von ROBIN WOOD am 14. März gemeinsam mit den Organisationen WEED, Urgewald, Kurdistan AG und medico vor dem Bundeswirtschaftsministerium in Berlin protestiert. „Vertreibung – Oködesaster – Wasserkrieg – Großstaudämme stoppen – Sagen Sie nein zu Ilisu und Theri, Herr Müller!“ lautete die Botschaft auf dem Transparent. Durch den Staudamm Ilisu würden 78 000 KurdInnen aus 90 Dörfern vertrieben, Konflikte mit den Anrainerstaaten heraufbeschworen und die



über 2000 Jahre alte Stadt Hasankeyf überflutet. Für den Tehri-Staudamm müssten 100 000 Personen umgesiedelt werden. Müller wird aufgefordert, die Hermes-Bürgschaften endlich zu reformieren. www.umwelt.org/robin-wood

NEWROZ PIROZ BE! 1000 KurdInnen feierten Newroz in Bremen

BREMEN. Am 20. März fand in Bremen die diesjährige Newrozdemonstration mit anschließendem Feuer auf dem Schlachthofplatz statt. Etwa 1000 KurdInnen waren dem Aufruf des MED-Kulturzentrums gefolgt. Die Demonstration begann mit erheblicher Verspätung, weil das Verwaltungsgericht noch über einen Widerspruch des Anmelders gegen eine Auflage des Stadtamtes zu entscheiden hatte. In einer 2. Ausfertigung der Genehmigung, die dem Verein erst am Vortag der Demonstration zugegangen war,

waren die Auflagen dahingehend ausgeweitet worden, dass auch das Zeigen des Bildes Abdullah Öcalans untersagt sei. Der Anmelder Ahmet Culun hatte dieser Auflage mit der Begründung widersprochen, dass für die KurdInnen Öcalan ein Symbol des Friedens und der Freiheit sei und sie das Verbot sicherlich nicht akzeptieren könnten. Durch den Beschluss des Verwaltungsgerichts, bis zum Entscheid über den Widerspruch des Antragstellers dieses Verbot auszusetzen, hat sich wieder einmal bestätigt, dass die innere Sicherheit der BRD nicht durch KurdInnen gefährdet ist, die ihre Verbundenheit mit Abdullah Öcalan bekunden. Im Gegenteil. www.humanrights.de

Offener Brief zur „maßgeschneiderten Förderung“ für Erwerbslose

BERLIN. Die Initiative „Anders Arbeiten Mehringerhof“ schreibt am 13. März in ihrem offenen Brief an Schröder und Riester: „Mit großem Interesse haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Bundesregierung plant, mit Beginn des nächsten Jahres den Erwerbslosen eine maßgeschneiderte Förderung in Form individueller Eingliederungspläne anzubieten. Viele Erwerbslose fühlen sich bislang von den Arbeitsämtern vergessen, warten teilweise schon seit Jahren vergeblich auf ein Arbeitsangebot ... Wir schätzen die gesellschaftlich übliche Bewertung von Erwerbsarbeit als wesentlichen Lebensinhalt und die Erwerbslosigkeit als Unglück sehr kritisch ein. In Berlin z.B. kommen etwa 375 Erwerbslose auf 1 freie Stelle, ohne Aussicht darauf, dass Erwerbsarbeit für alle je zu realisieren sei. Daher halten wir eine gesellschaftliche Umwertung für dringend erforderlich. Dies ändert aber nichts daran, dass wir jedes ernsthafte Bemühen befürworten, den von Erwerbslosigkeit Betroffenen und an ihr Leidenden alle Möglichkeiten anzubieten, doch noch zum begehrten Job zu kommen. Geradezu entsetzt sind wir jedoch, wenn dieses Bemühen begleitet wird von einer Hetze gegen angeblich nicht Arbeitswillige, wie sie z.B. gestern in der ZDF-Sendung „heute“ in der Neuschöpfung des Schimpfworts „Sozialkriminelle“ eskalierte ... Wir fordern Sie auf, allen Äußerungen entschieden entgegenzutreten, die Öl ins Feuer dieser Stammtischparolen gießen und wirksame Maßnahmen zu ergreifen zur gerechten Verteilung der Erwerbsarbeit und zur Eröffnung von Chancen zur Teilhabe an Erwerbsarbeit ohne Anwendung von Zwangsmaßnahmen und Stigmatisierung. Aus unserer Sicht wären als nachhaltig wirksame Maßnahmen v.a. deutliche Arbeitszeitverkürzungen für alle und die Einrichtung eines Öffentlich Geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) für gesellschaftlich notwendige, aber nicht marktfähige Tätigkeiten v.a. im sozialen und kulturellen Bereich erforderlich.“

www.tacheles.wtal.de

Vor den Wahlen hatte man gute Ergebnisse für die Grünen erwarten können. Schließlich war mit der Krise der Ernährungswirtschaft eines ihrer zentralen Themen in aller Munde. Wenige Tage nach den Landtagswahlen stellt Schröder die Fortsetzung der rot-grünen Koalition nach den Bundestagswahlen 2001 in Frage. Nachdem die grüne Bundespartei so viel opferte, um ans Gestalten zu kommen, macht jetzt der Kanzler mit ihr, was er will. Wie es in den ersten Aussagen der Wahlforschung heißt, erlitten die Grünen ihre Verluste vor allem bei der Jugend, aber auch bei berufstätigen Frauen mit guten Bildungsvoraussetzungen. Wenn die Grünen ihre Tradition gegen Repression, Militarismus und autoritäres Staatswesen nicht aufleben lassen, wie sollen sie da die Jugend zurückgewinnen? Wenn sie zulassen, dass die Forderung nach gleichen Lebenschancen der Geschlechter abgekoppelt wird von der Forderung nach Angleichung der Lebenschancen aller, dann kann dieses Anliegen auch von der SPD, ja auch der CDU/CSU adaptiert werden. Die Grafik über das Wahlverhalten in Baden-Württemberg 1996 lässt erahnen, dass diese Verluste an den Grundfesten der Struktur des grünen Wählerfeldes rütteln. Die Grünen leiden doppelt: Sie verlieren Wählerinnen und Wähler wegen ihres Einschwenkens auf die Anforderungen von Staatsräson und Kapitalinteressen, und sie verlieren wegen der Rechtsverschiebung in der öffentlichen Meinung, die auch durch ihre Politik mit verursacht wird. Die Wahlergebnisse der PDS in Hessen zeigen einmal mehr, dass ausreichend viele Wählerinnen und Wähler eine sozialistische Linkspartei sehen wollen. Man darf vermuten, die PDS wäre in noch viel mehr Gemeinden gewählt worden, wenn sie nur hätte kandidieren können. Die PDS muss also eine Mitgliederpartei werden, wenn sie die politische Chance wahrnehmen will.

Landtagswahl Baden-Württemberg

REPs raus, Spektrum aber rechts verschoben

Das Wahlergebnis für den Landtag von Baden-Württemberg hat oberflächlich betrachtet Normalität hergestellt. Die rechtsnationalistischen und ausländerfeindlichen Republikaner sind nach neun Jahren mit 4,4% der Wählerstimmen nicht mehr in den Landtag gekommen (1996 hatten sie noch 9,1% erreicht). Die CDU hat mit 44,8% (+3,5%) an frühere Jahre angeknüpft und kann die Koalition mit der FDP, die mit 8,1% zwar nicht üppig, aber ausreichend abschnitt, fortsetzen. Die SPD, die vor fünf Jahren nach einer Regierungsperiode großer Koalition mit 25,1% abgestraft worden war, hat jetzt 33,3% erreicht; ein beachtlicher Zuwachs, aber immer noch weniger als die 35,6% Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 1998. Die Grünen, die vor fünf Jahren mit über 12% von der Krise der SPD profitierten, sind mit 7,7% hinter die FDP gefallen und mächtig enttäuscht. Inhaltlich war der Wahlkampf themenarm: Frau Ute Vogt von der SPD versuchte einen weitgehend über die Medien vermittelten Eindruck von jung, frisch, spontan, was Neues zu vermitteln; die CDU schob den Ministerpräsidenten Teufel in den Vordergrund und verwies auf die Erfolge der Landesregierung.

Soweit die Oberfläche. Darunter haben sich aber Verschiebungen ergeben, die, auf die nächste Zeit gesehen, eher unangenehm sind. Die Reps wurden abgeräumt durch die Verbotskampagne gegen die NPD einerseits und das Besetzen des Nationalstolzthemas durch die Bürgerlichen andererseits.

Die Rep-Wählerschaft, die sich seit Anfang der 90er Jahre aus staatsgläubigen Unions-, aber auch SPD-Anhängern rekrutierte, will nicht illegal sein oder auch nur in den Geruch kommen. Zwar hatte Rep-Chef Schlierer versucht im Wahlkampf den Eindruck von „normaler Partei“ à la Haider FPÖ zu erwecken, aber auch er beklagte sich

am Wahlabend, die Kriminalisierungskampagne gegen Rechtsextreme habe enorm geschadet. Vermutlich dürfte ein beträchtlicher Teil der Rep-Wähler gar nicht mehr zu Wahl gegangen sein; die Wahlbeteiligung ist um 5%-Punkte zurückgegangen.

Ein anderer Teil dürfte zur Union zurückgekehrt sein, die durch Äußerungen führender Politiker, den Eindruck erweckte, das Thema deutsche Nation sei auch ganz gut bei der CDU aufgehoben. Hier hat sich die Union allerdings auch ein Problem geschaffen: Sie kann zwar verbal den Nationalstolz der Rechtsextremen bedienen, aber auch in der Sache? Das Problem wird schon daran sichtbar, dass die Landes-CDU und schon gar der Ministerpräsident, sich gar nicht zum Thema geäußert haben. Teufel kann und will als gläubiger Katholik nicht stolz

sein, auch zum schwäbisch-pietistischen Kulturkreis passt das nicht so recht, den durchaus vorhandenen Patriotismus mit einer Todsünde zu kombinieren.

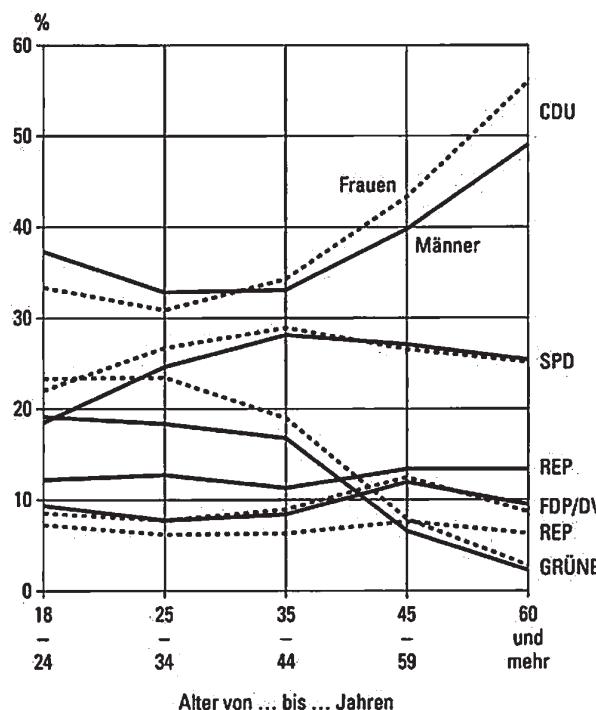
So hat sich die Union (und in ihrem Anhang auch die Westerwelle-FDP) im Ideologischen nach rechts bewegt, ohne allerdings die Rechtsextremen von den Reps wieder voll zu integrieren. Deren Stimmen wurden für diesmal eingefangen, das Potential für eine rechtsextreme Partei bleibt aber erhalten. Die Reps sind nach wie vor in einer Reihe von Kommunalparlamenten vertreten und in ihrem Kerngebiet, dem Großraum Stuttgart, habe sie immer noch Stimmergebnisse von über fünf Prozent (insgesamt in sieben von siebzig Wahlkreisen).

Ebenfalls eine Rechtsverschiebung hat im rot-grünen Lager stattgefunden, denn der Zuwachs der SPD ging voll zu Lasten der Grünen. Unangenehm war auch die Art des Wahlkampfes der Sozialdemokraten, keine inhaltliche Auseinandersetzung z.B. um die Bildungspolitik, sondern „Image“-kampagne, zugeschnitten auf die Spitzenkandidatin. Das hat – so sagen die Wahlforscher – Stimmen bei gut ausgebildeten Frauen und jüngeren Wählern gezogen, aber funktioniert auch nur einmal, zumal Ute Vogt wieder aus der Landespolitik nach Berlin verschwindet, weil sie nicht einmal in den Landtag kommt (sie hat in einem für die SPD „ausichtslosen“ Wahlkreis kandidiert, obwohl ihr andere offen gestanden wären).

Für die Grünen wird's allmählich eng: Projiziert man das Wahlergebnis von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf die Bundestagswahlen im nächsten Jahr (was natürlich nicht einfach geht), so fliegen die Grünen aus dem Bundestag und Schröder kann eine rot-gelbe Koalition mit der FDP machen. Interessant ist, dass in den großstädtischen Milieus, wo die Grünen ihre Hochburgen hatten und haben, die SPD ihre höchsten Stimmengewinne hatte.

(alk)

Geschlechts- und altersspezifische Stimmabgabe bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg vom 24. März 1996





Vorläufiges amtliches Endergebnis (Stand: 22. März 2001)			
Ort	2001 (in Prozent)	1997 (in Prozent)	Sitze
Frankfurt am Main	2,3	1,6	2
Offenbach	2,8	2,3	2
Darmstadt	1,3	0,0	1
Marburg	6,4	6,2	4
Kassel	3,2	0,0	2
Gießen	3,8	1,7	2
LKr. Groß Gerau	1,8	0,0	?
LKr Marburg-Biedenkopf	2,2	1,8	2
Mainz-Kinzig-Kreis	0,9		1
Wiesbaden	1,5	0,0	1

Der Landesvorstand der PDS Hessen zur Kommunalwahl 2001

PDS gewinnt in Hessen Mandate in Rathäusern und Kreistagen hinzu

FRANKFURT, 22.03.2001 (ms). Der Landesvorstand der PDS Hessen wertet die Ergebnisse, die die PDS in Hessen bei den Kommunalwahlen erreichen konnte, als großen Erfolg. Dies erklärten die Landesvorsitzenden der PDS Hessen, Rolf Gensert und Heike Berg, heute in Frankfurt.

Die PDS konnte in allen Städten und Kreisen, in denen sie angetreten ist, deutlich zulegen und mit Abgeordneten in die Stadtverordnetenversammlungen und Kreistage einziehen. Dabei wuchs die Zahl der hessischen PDS-Mandatsträgerinnen und -Träger um mehr als das vierfache von 4 auf 17. In Marburg wurde die seit 1997 bestehende Fraktion mit 6,4 Prozent bestätigt. Weitere Mandate konnten in Frankfurt (2,3%), Gießen (3,8%), Kassel (3,2%), Offenbach (2,8%), Darmstadt (1,3%), im Main-Kinzig-Kreis (0,9%), im Landkreis Marburg-Biedenkopf (2,2%) und im Landkreis Groß-Gerau (1,8%) gewonnen werden.

Rolf Gensert sieht damit die Westaufbau-Strategie der PDS bestätigt: „Die PDS verankert sich über die Kommunen jetzt auch im Westen und hat mit dem hessischen Ergebnis die jüngsten West-Erfolge in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg fortgesetzt. Die PDS in Hessen wird künftig deutlicher als bisher zeigen können, dass auch im Westen und gerade vor Ort in den Städten und Landkreisen sozialistische Politik zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger stattfinden kann. Das Ergebnis der PDS in Hessen ist ein klares Zeichen dafür, dass die Menschen das alternative Politikangebot der PDS annehmen und dass soziale Gerechtigkeit und Demokratisierung

der Kommunen weiterhin ein wichtiges Thema sein wird.“

Die PDS wertet es als Erfolg, dass selbst in den für die PDS schwierigen Flächenkreisen respektable Ergebnisse und Mandate erzielt werden konnten. Gensert: „Die PDS ist für die Wählerinnen und Wähler also mehr als eine Protestpartei, sondern wird als Sprachrohr der Bürgerinitiativen und außerparlamentarischen Organisationen anerkannt. Die PDS hat auch in den Kommunen ein klares soziales und demokratisches Profil erarbeitet, mit dem sie letztlich auch gewählt wurde. Die PDS nimmt daher gerne den Auftrag der Wählerinnen und Wähler an, auch vor Ort für mehr Soziale Gerechtigkeit und gegen den Privatisierungswahn zu streiten.“

Als weiteren Erfolg wertete die PDS, dass sich trotz der leider sehr niedrigen Wahlbeteiligungen die rechtsextremistischen Parteien deutlich reduziert haben. Die niedrige Wahlbeteiligung bezeichnete Berg als alarmierend: „Es sind aber keineswegs Menschen, die sich aus der Politik verabschiedet haben, die am vergangenen Sonntag nicht mehr zur Wahl gegangen sind. Es sind viel mehr die etablierten Parteien, allen voran die Bimbo-CDU und die SPD mit dem gebrochenen Flughafenausbau-Versprechen, die sich von den Menschen entfernt haben und jetzt mit der niedrigen Wahlbeteiligung eine Quittung erhalten haben. Um so mehr wird die PDS in den Parlamenten für eine Demokratisierung der Kommunen streiten und sich dafür einsetzen, mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung zu ermöglichen.“

Aus dem Internetangebot der PDS Hessen

Nein zum Burschentag! Korporationen auflösen!

MARBURG. Vom 6.-8. April lädt die „Deutsche Burschenschaft“ (DB) Delegationen ihrer Mitgliedsburschenschaften aus der BRD und Österreich zu einem „außerordentlichen Burschentag“ nach Marburg ein. Aus diesem Anlass wird es am Samstag, den 07. April eine breite Demo des „Marburger Bündnisses gegen Rechts“ mit einem Antifa-Block geben.

Worum geht es beim außerordentlichen Burschentag in Marburg?

Die Mitgliedschaften der DB werden in Marburg eine Vereinssitzung abhalten, bei der die desolate Finanzlage rund um das „Burschenschaftsdenkmal“ und das angegliederte „Berghotel“ in Eisenach Hauptthema sein wird.

Das Denkmal steht auf einem Hügel in Eisenach, der „Göpelskuppe“. Der Berg befindet sich über diverse juristische Eigentumskonstruktionen in der Hand der DB. Dort befindet sich jedoch nicht nur das vor 100 Jahren erbaute ca. 30 m hohe „Burschenschaftsdenkmal“, sondern auch der „Langemark-Gedenkstein“.

Einmal pro Jahr stehen anlässlich des Burschentages auf der „Göpelskuppe“ uniformierte Korporierte: Im Fackelschein und unter Absingen aller drei Strophen des „Deutschlandliedes“ sowie zur Musik des Liedes „Ich hatte einen Kameraden“ gedenken die Burschenschaften am „Langemark-Gedenkstein“ ihrer „gefallenen Kameraden“ in faschistischer Tradition.

Sollte es auf Dauer der DB nicht gelingen, die „Göpelskuppe“ samt ihrer Bauwerke zu finanzieren, würde ihr nicht nur ein elementarer Repräsentationsort fehlen, sondern auch ein Ort revisionistischer und militaristischer Traditionspflege.

Was ist die „Deutsche Burschenschaft“ (DB)?

Die DB ist nicht irgendein studentischer Traditionsverein. Die DB ist der rechteste Rand der völkisch-reaktionären und männerbündischen Korporationen.

Wesentliche Grundpfeiler burschenschaftlichen Denkens waren vor rund 200 Jahren, wie auch heute noch, ein Nationalismus, der auf völkischem Gedanken-gut basiert, sowie ein stark ausgeprägter Antisemitismus. Mit verschiedenen geschichtsrevisionistischen Darstellungen versuchen studentische Korporationen immer wieder ihren Anteil an gesellschaftlich relevanten Geschehnissen aus der Vergangenheit in einem angenehmen Licht erscheinen zu lassen. Da wäre z.B. die Mär der „fortschrittlichen Kraft“ zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Die Burschenschaften wandten sich gegen Kleinstaaterei und setzten sich für die „Ein-



heit Deutschlands“ ein. Die Korporationen und besonders die Burschenschaftler waren maßgeblich am anwachsenden antisemitischen Denken im 19. Jahrhundert beteiligt, was sich bereits beim „Wartburgfest“ in Eisenach im Jahre 1817 anhand von Bücherverbrennungen zeigte. Außerdem spielten die Burschenschaften, wie andere Korporationen auch, auf ideologischer Ebene eine wesentliche Rolle als Wegbereiter des deutschen Faschismus. Deutlich sichtbar wurde dies an der umfassenden Beteiligung der Korporationen am Kapp-Putsch, sowie bei den Morden von Mechterstädt 1920 durch das Studentenkorps Marburg. Die Korporationen waren mitverantwortlich für den Aufbau nationalsozialistischer Strukturen an den Universitäten. Im Wege der „Gleichschaltung“ gesellschaftlicher Gruppierungen außerhalb der NSDAP kam es auch zur „Auflösung“ der Korporationen. Danach bestanden diese zumeist als „Kameradschaften“ fort. Die „Auflösung“ geschah jedoch nicht, wie beständig in revisionistischer Absicht von den Korporationen dargestellt wird, aus inhaltlichen Erwägungen.

Weite Teile der korporierten Studentenschaft waren an der Gründung des „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (NSDStB) und an der „Arisierung“ der Hochschulen beteiligt. Diesem Umstand trugen die Alliierten durch das Verbot aller Korporationen 1947 Rechnung, wobei sie die Verbündeten als „nationalistische, reaktionäre oder para-militärische“ Organisationen charakterisierten.

Eine kritische Auseinandersetzung der Korporationen mit ihrer eigenen Geschichte hat bis heute nicht stattgefunden. Im Gegenteil: In beständiger Folge tauchen bei Sitzungen der DB anlässlich der „Burschentage“ in Eisenach Forde-

rungen des rechten Flügels auf, die die Streichung der Naziverbotsgesetze verlangen. So setzten sich z.B. beim Burschentag 1999 mehrere Korporationen für die Straffreiheit der Auschwitzlegung ein. Auf der anderen Seite führt die deutsche Burschenschaft das angebliche „Verbrechen der Vertreibung“ durch die „Benes-Dekrete“ an, wenn von „Verbrechen im 20. Jahrhundert“ die Rede ist. Die treibenden Kräfte innerhalb des radikal-völkischen Flügels der DB gruppieren sich um die 1961 gegründete „Burschenschaftliche Gemeinschaft“ (BG), deren anliegen es war, den österreichischen Burschenschaften die Mitgliedschaft in der DB zu ermöglichen. Die österreichische Burschenschaften, die seit Mitte der 70er Jahre Mitglied in der DB werden können, bestimmen den rechten Flügel innerhalb der DB maßgeblich mit.

Mitte der 90er Jahre traten Teile des rechtskonservativen Flügels im Rahmen einer zunehmenden Machtverschiebung zu Gunsten des radikal-völkischen Flügels aus der DB aus. Dieses Spektrum organisiert sich seither in der „Neuen Deutschen Burschenschaft“ (NDB).

Die NPD und deren Hochschulorganisation in der „Deutschen Burschenschaft“

So war es z.B. vor Jahren noch problematisch, NPD-Mitglied zu sein und zugleich ein burschenschaftliches Amt zu bekleiden, so stellt diese Parteimitgliedschaft bei vereinsinternen Wahlen mittlerweile kein Hindernis mehr dar.

Korporierte sind sowohl in neofaschistischen als auch in bürgerlich-konservativen Einrichtungen, Vereinigungen und Arbeitszusammenhängen federführend. Die Zusammenarbeit in der DB hat zur Folge, dass die Grenzen zwischen Rechtskonservatismus und dem Rechtsextremismus verschwimmen.

Die NPD mit ihrer studentischen Or-

ganisation dem „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ (NHB) versucht zunehmend, Einfluß auf die Politik der DB auszuüben.

Die burschenschaftliche Szene um den NHB stellt den ideologischen Background neofaschistischer Gruppierungen dar. Unter lokalen Gesichtspunkten wäre z.B. der Giessener Bursche Jürgen Gansel (NPD) zu nennen, der im Bundesvorstand des NHB sitzt und dessen Geschäftsführer ist. Unter ideologischen Gesichtspunkten wäre als Beispiel das vom NHB ausgearbeitete und seit dem Antifa-Sommer-Hype hinreichend bekannte Konzept der „National befreiten Zonen“ anzuführen.

Innerhalb der aufgesplitteten rechten Gruppierungen nimmt das burschenschaftliche Spektrum aber auch eine Scharnierfunktion ein. Die Burschenschaften verstehen sich als „überparteilich“, was soviel bedeutet, daß unter dem Dach der DB nach rechts viel Platz ist. Folglich ist es kein Zufall, daß in rechten Publikationen wie der „Jungen Freiheit“, „Nation und Europa“, sowie in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ regelmäßig Zimmerangebote verschiedener Burschenschaften zu finden sind.

Welche Rolle spielt die Marburger Burschenschaft Rheinfranken im Korporationsspektrum?

Die Rheinfranken haben derzeit den jährlich wechselnden Vorsitz der DB inne. Im burschenschaftlichen Spektrum sind die Rheinfranken eher dem rechten Flügel mit radikal-völkischen Ansichten zuzuordnen. Die Rheinfranken sind jedoch nicht Mitglied in der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“, die den rechteren Flügel weitestgehend dominiert.

Die politische Brandbreite bei den Rheinfranken reicht über den rechten Flügel der CDU, über die Republikaner, den mittlerweile aufgelösten Bund freier Bürger, die NPD bis hinein in das neofaschistische und neonazistische Spektrum der „freien Kameradschaften“, wie z.B. der „Kameradschaft Northeim“, bzw. der schon mehrfach in Marburg in Erscheinung getretenen „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF). Aus diesen verschiedenen rechten Spektren speist sich auch, der Großteil der Referenten, die regelmäßig bei den Rheinfranken zu Gast sind.

Zur Verdeutlichung ein kleine Auswahl:

- Claus Jäger („Das Deutschlandforum und die Deutschlandpolitik“)
- Herbert Hupka („Ostdeutschland jen-



seits von Oder und Neiße – Vergangenheit und Zukunft“)

- Alfred Mechtersheimer („Partei oder Bewegung – was kann Deutschland retten?“)
- Horst Mahler („die Bewegung der 68er und deren nationale Gesinnung“)
- Rigolf Henning („Freiheitskampf in Südtirol“)

Anhand der Referenten lässt sich erkennen, dass die Rheinfranken im Einklang mit anderen Korporationen die Täterrolle Deutschlands im 20. Jahrhundert in eine Opferrolle umdeuten wollen. Dementsprechend engagierten sich die Rheinfranken zusammen mit anderen Burschenschaften gegen die Ausstellung über die „Verbrechen der Wehrmacht von 1941 – 1944“.

Neben diesen geschichtsrevisionistischen Zügen, fallen die Rheinfranken immer wieder durch rassistische und antisemitische Vorfälle auf. Um diese Vorwürfe verschleiern zu können, luden die Rheinfranken den mittlerweile verstorbenen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden, Ignatz Bubis, zu einem Vortrag, dessen Anwesenheit die Rheinfranken wie eine Unbedenklichkeitsplakette der Demokratie zu jeder passenden Gelegenheit vorbringen.

1994 referierte bei den Rheinfranken der Marburger Lehramtspensionär Dietrich Gerwin, wobei dieser offen gegen die „Verschwörung des Weltjudentums“ hetzte. In die gleiche Richtung zielte auch 1999 der oben erwähnte Vortrag des ehemaligen FDP-Mitgliedes Horst Mahler, der mittlerweile seine politische Heimat bei der NPD gefunden hat.

Neben dieser rassistischen, antisemitischen und völkischen Ideologie beruht burschenschaftliches Denken und Handeln maßgeblich auf männerbündische Strukturen. Bei Burschenschaften sind Frauen aus dem politischen Bereich ausgeschlossen und nur zu „gesellschaftlichen“ Ereignissen zugelassen. Ein biologisches Geschlechterbild lässt sich nicht nur bei den Burschenschaften, sondern bei allen studentischen Verbänden finden.

Obwohl die „Rheinfranken“ neben der „Germania“ und der „Normannia-Leipzig“ den rechtesten Rand innerhalb des Marburger Korporationsspektrums darstellen, darf nicht vergessen werden, dass die Erscheinungsformen von Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und des völkischen Nationalismus in der bundesdeutschen Gesellschaft weit verbreitet und teilweise mehrheitsfähig sind.

Eine sinnvolle Bekämpfung des rechten Randes der Gesellschaft muss daher immer die staatlichen und gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnisse mit berücksichtigen. Deshalb: Demonstration gegen den Burschentag in Marburg am 7. April 2001, 9.15 Uhr an der Stadthalle (Biegenstr.), Marburg

<http://www.antifaschistinnen.de/>

Projekte gegen rechts. PINNEBERG. Der Kreistag hat jetzt im Haushalt 2001 10 000 DM „zur Förderung von Projekten zur Abwehr des Rechtsradikalismus“ bereit gestellt. Wer sich um finanzielle Unterstützung bewerben möchte, muss sich an den Kreis Pinneberg, Fachdienst Jugend und Familie, Stichwort „Projekt zur Abwehr von Rechtsradikalismus“, wenden. Unterstützt werden können Projekte von Schulen und Vereinen.

Elmshorner GegenSätze 3/2001

Gutachten zum Wassermarkt. BERLIN/MÜNCHEN. Das vom Bundeswirtschaftsministerium im Auftrag gegebenen Gutachten, das am 20. März in Berlin vorgestellt wurde, spricht sich für die Liberalisierung des Wassermarktes aus. Josef Deimer (CSU), Vorsitzender des bayer. Städtetags, weist diese Wertung zurück: Das Gutachten selbst belege, dass die mit einer Marktoffnung erhofften Preissenkungen nicht eintreten werden und der anerkannt hohe Standard bei der Wasserqualität gefährdet wird. So wird z.B. die Situation in Frankreich beschrieben, wo in den von privaten Anbietern versorgten Gebieten die Wasserprixe im Durchschnitt 30 Prozent höher sind als in den von kommunalen Unternehmen versorgten Gebieten. Weil Wasserleitungen sehr teuer sind, würden auch nach einer Marktoffnung die verschiedenen Wasseranbieter das vorhandene Rohrnetz gemeinsam nutzen. Dabei würde Wasser von verschiedenen Quellen bzw. Wiederaufbereitungsanlagen gemischt. Korrekt erläutert stellt das Gutachten dazu fest, dass es weitgehend unbekannt ist, wie sich diese Verfahren auf die Wasserqualität auswirken. Folgerichtig erklären die Gutachter, dass die sich ergebenden Risiken nur mit chemischer Desinfektion beherrschbar seien. Deimer dazu: „Danke für die Ehrlichkeit. Am Ende bleibt eben doch nur die chemische Keule. Ich frage ernsthaft, warum mit Gewalt die bestens funktionierende Versorgung mit gesundem Trinkwasser aufs Spiel gesetzt werden muss.“

www.bay-staedtetag.de

Umbau militärischer Anlagen. BERLIN. Die angekündigte Schließung von 59 Bundeswehrstandorten bedeutet tief greifende strukturpolitische Einschnitte für die betroffenen Kommunen. In den 90er Jahren gab es bereits eine Reihe von erfolgreichen Konversionen. „Wir stehen heute aber vor einer völlig anderen Situation“, sagt Bernd Röll, Bundeswehrexperte des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Schließlich habe sich die wirtschaftliche Entwicklung inzwischen abgeschwächt. Zudem seien bereits auf vielen ehemaligen Militärliegenschaften Freizeitparks oder Technologiezentren entstanden – der Bedarf an solchen Einrichtungen sei allmählich

gedeckt. Deshalb müsse es für die neue Konversion nicht nur neue Ideen geben, sondern auch neue Fördermittel. „Konversion ist kein Selbstläufer – ohne staatliche Unterstützung hätten die Kommunen keine Chance gehabt“, betont Ulrich Schirowski vom Internationalen Konversionszentrum Bonn (BICC). Das BICC wurde 1994 von NRW und Brandenburg gegründet, um Kommunen zu beraten. Acht bis zehn Jahre müsse man kalkulieren, bis eine Kommune positive Ergebnisse erzielt. Anders als in den 90er Jahren wird sich nicht die Bundesvermögensverwaltung um den Verkauf kümmern, sondern die neue Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (GEBB). 80% des Erlöses soll an das Verteidigungsministerium gehen, 20% an den allgemeinen Haushalt. „Diese 20 Prozent fordern wir für einen Härtefonds“, stellt Röll klar. „Und wir wollen die Grundstücke unter Marktwert kaufen.“

www.dstgb.de/

Stiftungsboom. BONN. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht ein neues Stiftungsprojekt gestartet würde. Zu den bevorzugten Tätigkeitsfeldern gehören inzwischen auch Umweltschutz und Lokale Agenda. Um Stiftungsprojekte und Gründungsinitiativen in diesem Bereich effizient zu unterstützen baut der Wissenschaftsladen Bonn zur Zeit ein bundesweites Netzwerk auf. Bausteine sind ein einführender Leitfaden „Projektförderung durch Stiftungen“, eine Internetplattform für Gründungsinitiativen, zwei Werkstätten am 25.-26.06. und 22.-23.11.2001 in Bonn zur Projektentwicklung, ein Fachkongress „Stiftungen als Motoren der lokalen Agenda 21“ und ein Fachbuch. Der Netzwerk-Aufbau wird vom Bundesumweltministerium und vom Umweltbundesamt gefördert.

www.wilabonn.de

8 Mio DM mehr für Kinder. MANNHEIM. Bei den letzten Etatberatungen wurden die Gebühren für Kindertagesbetreuung um insgesamt 8 Mio DM gesenkt; die Grünen unterstützten dies. Bei der Maßnahme handelte es sich allerdings um eines jener berüchtigten CDU-Projekte, die unter der Fahne „Familienförderung“ einkommensunabhängige Subventionen für Arm und Reich beinhalteten (wie z.B. auch der „Familienpass“, dem der Sozialpass weichen musste). Nun fordern die Grünen, diese 8 Mio. DM um die gleiche Summe aufzustocken und „in den Ausbau und die Qualitätssicherung der Angebote, vor allem im Krippen- und Hortbereich zu investieren.“ Der Versorgungsgrad bei den Horts liege z.Z. bei 8,4%, im Krippenbereich sogar nur bei 5,7% entsprechend 485 Ganztagsplätzen.

Kommunal-Info Mannheim 6/2001
Zusammenstellung: baf

Aktionstag Betriebsverfassung

Mit dem Kabinettsbeschluss der Bundesregierung vom 14.2. zum Betriebsverfassungsgesetz ist die Auseinandersetzung noch nicht zu Ende. Die Arbeitgeberverbände organisieren Veranstaltungen, auf denen sie ihre weitere Einflussnahme auf die Gesetzgebung beraten. Auf der anderen Seite haben der DGB und die Einzelgewerkschaften den 5. April zum Aktionstag in Sachen Betriebsverfassung erklärt. Die Gewerkschaften verlangen eine Reihe von Verbesserungen an dem Entwurf. Dabei fallen sowohl die Einschätzung des Kabinettsbeschlusses als auch die Forderungen je nach Gewerkschaft verschieden aus. Aus den zahlreichen Nachbesserungsforderungen dürften aber die folgenden beiden das größte Gewicht haben.

Das erleichterte Wahlverfahren für Betriebsräte soll nicht nur – wie geplant – in Betrieben bis zu 50 Beschäftigten gelten, sondern bis zu einer Belegschaftsgröße von 100. Und das *Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen* soll sich auch auf Befristungen erstrecken: Der Betriebsrat soll sachlich nicht begründete Befristungen ablehnen können. Damit wollen die Gewerkschaften über die Betriebsverfassung die Scharte der willkürlichen Befristung von Arbeitsverhältnissen wieder auswetzen, die die Regierung im letzten Jahr mit der Verlängerung des Beschäftigungsförderungsgesetzes geschlagen hat. – Das eigentliche Hauptziel des gewerkschaftlichen Aktionstags ist aber, angesichts der Forderungen der Kapitalseite den Kabinettsbeschluss ohne wesentliche Abstriche über die parlamentarischen Runden zu bringen.

Die Medien stellen die Gewerkschaften als Sieger hin, die hier im Gegensatz zur Rentenreform punkten konnten.

Erleichterte Bildung von Betriebsräten ...

Begeisterung oder auch nur wirkliche Zufriedenheit gibt es aber auf Gewerkschaftsseite nicht. Angesichts der Konstruktion der BetrVG-Novelle kann das auch nicht sein. Die Novelle sucht – hinter vielen Änderungen im einzelnen – einen Kompromiss auf folgender Linie: Erweiterung bzw. Sicherung der Mitbestimmung in quantitativer Hinsicht, aber keine Erweiterung in qualitativer Hinsicht. Dem dienen die Maßnahmen zur erleichterten Bildung von Betriebsräten in kleinen Unternehmen bis 50 Beschäftigte. Dort kann in Zukunft auf zwei Versammlungen im Abstand einer Woche gewählt werden statt wie bisher nach dem formalen Verfahren von mindestens acht Wochen. Die Initiatoren eines Wahlvorstands werden besser geschützt. Das wird die Einschüchterung von Wahlvorständen und Kandidaten nicht beseitigen, aber die Möglichkeiten dazu etwas einschränken.

In diese Richtung – die traditionelle

Mitbestimmungspraxis angesichts vielfältiger Veränderungen mit eher organisatorischen Mitteln zu sichern – gehen etliche weitere Maßnahmen: bei der Erhöhung der Anzahl der BR-Mitglieder, bei der Freistellung schon ab 200 Beschäftigten oder der Verbesserung von Arbeitsmöglichkeiten. Aber auch diese Regelungen sind nicht konsequent. Zum Beispiel bei der Veränderung der Beschäftigtenstrukturen. Nachdem sich die Belegschaftsstrukturen rechtlich immer weiter auffächern (Fremdfirmen, Werkverträge usw.), wäre eine konsequente Einbeziehung aller tatsächlich zusammenarbeitenden Personen nötig. Der Gesetzentwurf macht aber nur Leiharbeitnehmer nach Arbeitnehmerüberlassungsgesetz mit mindestens drei Monaten Betriebszugehörigkeit wahlberechtigt für den Betriebsrat im entliehenen Betrieb. Hier bleiben also Schlupflöcher für die Unternehmen, systematisch Beschäftigte aus dem Recht der Betriebsverfassung herauszuhalten.

Nicht übersehen sollte man an dieser Stelle aber auch ein Thema, das keines geworden ist: die Aufhebung des Tarifvorrangs in § 77. Es bleibt dabei: Fragen, die tariflich geregelt sind, dürfen nicht durch Betriebsvereinbarung verschlechtert werden. Hier hatte die Kapitalseite immerhin seit zehn Jahren alle Hebel in Bewegung gesetzt, von unzähligen betrieblichen Erpressungen zum Tarifbruch bis zu einer massiven juristischen Diskussion, dass das Günstigkeitsprinzip endlich zugunsten des Tarifbruchs neu zu definieren sei. Hier hat, was nicht immer sicher war, der gewerkschaftliche Widerstand gehalten. Das mag die heftigen Reaktionen auf der Kapitalseite ein Stück weit erklären.

... aber keine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte

Allerdings ist in der Gesetzeskonstruktion auch ganz klar: Von vornherein wurde keine Ausdehnung der Mitbestimmung in qualitativer Hinsicht angestrebt. Da tauchen zwar etliche Stichpunkte neu auf wie Beschäftigungssicherung, Qualifizierung, Umweltschutz. Aber dahinter stehen keine neuen Rechte, sondern am Beispiel der Beschäftigungssicherung: „Der Betriebsrat kann Vorschläge machen“, der Arbeitgeber muss mit dem Betriebsrat „beraten“. Über vieles kann also gesprochen werden, aber das war auch bisher möglich. Hier ist keine Reform erkennbar, und daraus röhren wohl auch die größten Enttäuschungen. Wenn man dazu bedenkt, dass die Novellierung der Betriebsverfassung stets erst im Abstand von Jahrzehnten erfolgt, dann lohnt die Überlegung schon, was im Lauf des Gesetzgebungsverfahrens noch möglich ist.

„Die Beschäftigten des Einzelhandels möchten nicht ... ausgeschlossen werden“

Hochhaus-Festival

FRANKFURT. Am Sonntag, den 13. Mai sollen anlässlich des von Hit Radio FFH, Helaba und FAZ mit Schirmherrin OB Roth veranstalteten dritten Frankfurter Hochhaus-Festivals alle Geschäfte innerhalb des inneren Anlagenrings zwischen Hauptbahnhof und Kurt-Schumacher-Straße öffnen dürfen. Darüber hinaus sollen die Einzelhandelsbeschäftigte das Spektakel auch am vorhergehenden Samstag von 16 bis 21 Uhr aus dem Laden verfolgen – so ein Antrag von Herrn Schwesinger von der Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH vom 5.2.2001 an das Ordnungsamt. Begründung: „Sicherstellung der Versorgung der in- und auswärtigen Gäste“.

30 Betriebsräte der Zeilgeschäfte wollten am 15. März Frau OB Roth persönlich bereits 2000 Protestunterschriften gegen dieses Ansinnen übergeben. Sie wurden von ihrem Referenten Matthias Zimmer im wahrsten Sinn des Wortes vor dem Römer im Regen stehen gelassen.

Der Betriebsrat der Kleiderfirma Ammerschläger hat am 12. Februar in zwei Briefen an das Ordnungsamt Anträge auf Unterlassung der Ladenöffnung gestellt. Gegen die verlängerte Ladenöffnung am Samstag schrieb das Gremium:

Betriebsrat Ammerschläger schreibt an das Ordnungsamt

„Sehr geehrter Herr Etzrodt, sehr geehrte Damen und Herren, die Hochhäuser werden an diesem Tage bis 19.00 Uhr geöffnet sein. Von 18.00 Uhr bis 20.00 Uhr wird vor der alten Oper eine spektakuläre Hochseilartistik geboten. Zwischen Untermainbrücke und dem Eisernen Steg werden Heißluftballone glühen. Zeppeline werden über der Innenstadt schweben und Laserlicht und Feuerwerk (22.30 Uhr) werden die Skyline in ein atemberaubendes Bild verwandeln.

Wer sollte es sein, der diese überaus attraktive und voller Engagement inszenierte Angebot ... versäumen will? Nur



um gerade an diesem Tage seine an allen anderen Tagen möglichen Einkäufe um ein paar Stunden länger zu tätigen.

Wir glauben, nicht einmal die Antragsteller einer solchen erweiterten Ladenöffnungszeit wären dazu bereit.

Abgesehen davon möchten auch die Beschäftigten des Einzelhandels von solchen nicht alltäglichen Attraktionen unserer Stadt nicht ausgeschlossen werden. Oder sollen ausgerechnet wir, die wir täglich für überaus großzügige Ladenöffnungszeiten gerade stehen, hier ausgenommen werden ...“

Und zur Sonntagsöffnung schrieb der Betriebsrat:

„... Wir sind durchaus der Ansicht, dass das Frankfurter Hochhaus Festival zur Wirtschaftsförderung der Stadt Frankfurt genutzt werden sollte. Zumal sicherlich an diesem Tage eine sehr große Besucherzahl mit hohem Anteil auch von auswärtigen Besuchern zu erwarten ist. Allerdings sind wir der Meinung, dass diese Besucher eine andere Erwartungshaltung gerade an diesem Tage mitbringen werden als die, in den Einzelhandelsgeschäften einkaufen zu können. Hierfür ist sicherlich auch ein entsprechender Bekanntheitsgrad der Einkaufsstadt Frankfurt mit all seinen Möglichkeiten vorhanden, der auch entsprechend genutzt wird.“

Wir glauben vielmehr, dass die Besucher an diesem Tage das Festival genießen wollen. Dazu können wir uns gut vorstellen, dass es für diese Menschen wesentlich interessanter wäre, Informationen über die kulturellen sowie gastronomischen Möglichkeiten unserer Stadt zu erfahren. Hierfür könnten Informationsveranstaltungen mit Hinweisen zu sehens- und erlebenswerten Stätten, Plätzen oder interessanten Treffs unserer Stadt werben.

Auch für die Gastronomie bietet sich hier die Möglichkeit, vielleicht durch entsprechende Probierstände, über die Versorgung des leiblichen Wohles der Festivalbesucher eine hervorragende Werbemöglichkeit zu nutzen (...).

Zu diesem Festival gibt es sicherlich noch eine Reihe von Nutzungsmöglichkeiten, welche von der Wirtschaftsförderung zum Wohle und zur Befriedigung der Interessen der zu erwartenden Besucher betrieben werden könnten. Einen Besucher des Hochhausfestivals, der bepackt mit einer vollen Einkaufstüte versucht, seinen Weg zu einem der Hochhäuser zu finden, können wir uns allerdings nicht vorstellen. (...)

Dieses Festival ist zu schade, um es durch Einkaufsstress kaputt zu machen. Auch die Mitarbeiter der Einzelhandelsgeschäfte sind gerne einmal als Festivalbesucher „Gäste Ihrer Stadt“. An diesem Tage wollen wir „alle zusammen“ mit unseren Gästen unser Stadt Frankfurt genießen.

Mit freundlichen Grüßen, Der Betriebsrat der Firma Ammerschläger, Vorsitzender des Betriebsrates Peter Walter“

Herr Etzrodt vom Ordnungsamt der Stadt Frankfurt, Mainzer Landstraße 315 -321, 60326 Frankfurt, der über die Öffnung entscheiden wird, freut sich sicher über weitere Protestbriefe und Unterlassungsanträge. – Übrigens: 13. Mai ist „Muttertag“.

gst

Auch 2001 an Feiertagen ?

Börsenöffnung ?

Das Bündnis gegen Feiertagsarbeit aus Gewerkschaften, Kirchenverbänden, AWO und Naturfreunden lässt nicht locker: Auch in diesem Jahr soll es Protestaktionen gegen die Öffnung der Frankfurter Wertpapierbörse an den vier Feiertagen Himmelfahrt, Pfingstmontag, Fronleichnam und 3. Oktober geben.

An Christi Himmelfahrt am 24. Mai ist nach einer Kundgebung auf dem Börsenplatz ab 11.15 Uhr ein Fahrradkorso durch Frankfurt geplant, unterstützt vom ADFC unter dem Motto „Lernen Sie die Bankenstadt Frankfurt kennen“. An Pfingstmontag gibt es Gottesdienste in den Innenstadtkirchen, in denen auf den Skandal hingewiesen wird. Besonders pikant: An Fronleichnam findet die Börsenöffnung parallel zum Evangelischen Kirchentag statt, quasi als Gegenveranstaltung. Auf Initiative des Bündnisses hat der Präsident des Evangelischen Kirchentages, Martin Dolde – im Zivilberuf übrigens führender Manager von Daimler-Chrysler – in einem Schreiben den Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Börse AG, Dr. Werner Seifert von diesem „zivilgesellschaftlichen Großereignis informiert“ und gefordert, „dass an diesem Fronleichnamstag eine öffentliche Einrichtung wie die Deutsche Börse geschlossen bleiben sollte.“

Die deutschen Großbanken werden nicht recht glücklich mit ihrem Feiertags-Coup. Erst mussten sie zusehen, wie am 3. Oktober 2000 der Genosse der Bosse ihnen den Feiertagshandel vermasselte, jetzt steht Fronleichnam auf der Kippe und dann hat auch die EZB beschlossen, dass außer am 1. Weihnachtsfeiertag und am Neujahrsfest künftig auch an Karfreitag, Ostermontag, 1. Mai und am 2. Weihnachtsfeiertag das europaweite Zahlungsverkehrssystem TARGET geschlossen bleibt. An den restlichen Feiertagen haben sie nach bisher bekannten Zahlen auch nur Verluste gemacht. An diesem Verlustgeschäft waren Gewerkschaften und Betriebsräte nicht ganz unschuldig, indem sie horrende Zuschläge durchgesetzt haben. Bei einigen Banken und bei der Börse gibt es jetzt nicht nur 200% tarifliche Vergütung sondern noch einmal 100% betrieblich dazu. Fahrtzeiten müssen auch vergütet werden. – Wer von den Bankvorständen ist jetzt mutig genug, diese unternehmerische Fehlentscheidung entgültig zu korrigieren, und den Bankbeschäftigten ihre verdienten Feiertage wieder zu gewähren? gst

BDI fordert aktive Zuwanderungspolitik. – HB, Dienstag, 13.3.2001. – Der BDI hat seine Thesen zur neuen Zuwanderungspolitik vorgestellt. Diese müsse systematisch erfolgen und über die Green-Card-Regelung weit hinausgehen. Man solle sich am Fachkräftebedarf der einzelnen Branchen orientieren. Der globale Wettbewerb um die besten Köpfe sei nur zu gewinnen, wenn die Zuwanderung attraktiv sei und sich Deutschland ausländerfreundlich zeige.

Tarifliche Standards im Vergaberecht.

– HB, Donnerstag, 15.3.2001. – Kommunale Arbeitgeber und Gewerkschaften in NRW fordern soziale und technische Mindeststandards für Bewerbungen auf Ausschreibungen im öffentlichen Dienst. Bald müssen Aufträge im öffentlichen Nahverkehr per Ausschreibung erfolgen. Dann kommen ausländische Billiganbieter ebenso zum Zug wie die Verkehrsbetriebe der Kommunen. Die Landesregierung wird von den Gewerkschaften zu einem entsprechenden Gesetzesvorhaben gedrängt.

Wirtschaft wehrt sich gegen Risikofonds.

– Der Gesamtverband der Versicherungswirtschaft (GDV) wies den Vorschlag der Grünen zurück, eine neue Abgabe auf Altersvorsorgeprodukte in Höhe von 3 Euro zu leisten. Die Einnahmen von rund 150 Mill. DM sollen an die Stiftung Warentest gehen. Unbegreiflich sei, dass ausgerechnet die neue Altersvorsorge, die das heutige Rentenniveau auch künftig sichere, durch eine Abgabe beeinträchtigt werde. Der Bundesverband der Verbraucherzentralen und -verbände (BVZV), der Deutsche Tierschutzbund sowie die Stiftung Europäisches Naturerbe forderten gemeinsam, dass die Wirtschaft einen Risikofonds einrichten soll, aus dem durch Produkte verursachte Schäden gezahlt werden können. Es dürfe nicht sein, dass wie in der BSE-Krise die Folgekosten von der Allgemeinheit übernommen werden müssten, kritisierte die BVZV-Vorsitzende Edda Müller.

DIHT fordert mehr Eigenverantwortung der Einzelnen. – HB, Donnerstag, 22.3.2001. – L. G. Braun, Präsident des DIHT, schreibt an den Bundeskanzler: Auf dem Weg Europas zum Wirtschaftsraum Nr. 1 in der Welt solle sich Deutschland an die Spitze der EU stellen. Dazu müssten soziale Sicherungssysteme und Arbeitsmarkt reformiert werden. „Von zentraler Bedeutung für die Kultur der Selbstständigkeit ist auch eine Bildungspolitik, die Chancengerechtigkeit bietet ...“

Presseausswertung: rst

Aus: GESTA ROMANORUM, Das älteste Märchen- und Legendenbuch des christlichen Mittelalters.

Der klare Bach

Es war ein König Otto, in dessen Reiche ein leichtsinniger Priester lebte, der gar häufig seine Untergebenen beunruhigte und einen gar großen Anstoß bei vielen gab. Nun war aber einer unter seinen Pfarrkindern, der niemals bei der Messe sein wollte, wenn jener sie feierte. Da geschah es an einem Feiertage, daß er gerade zur Zeit der Messe auf dem Felde spazieren ging und so düsterte, daß es ihm vorkam, als wenn er sterben müsse, könnte er nicht seinen Durst löschen. Nun begab es sich aber, daß er beim Gehen an einen gewissen Bach vom klarsten Wasser kam, aus dem er, sobald er ihn erblickt hatte, sogleich zu schöpfen und tüchtig zu trinken begann. Als er aber davon gekostet hatte, so bekam er immer größeren Durst, je mehr er trank; darüber wunderte er sich und sprach zu sich selbst: „Ich will die Quelle dieses Bächleins aufsuchen, damit ich aus ihr trinke.“ Während er aber hin spazierte, da begegnete ihm ein sehr schöner Greis und sprach zu ihm: „Mein Lieber, wo gehst du hin?“ Der aber sprach: „Ich empfinde einen unglaublichen Durst: ich fand ein Wasserbächlein, aus welchem ich trank, und je mehr ich trank, desto durstiger ward ich. Darum suche ich die Quelle dieses Bächleins, auf daß ich aus ihr trinke, ob ich vielleicht so meinen Durst löschen mag.“ Da sagte der Greis: „Siehe, hier ist die Quelle, aus welcher das Bächlein herauskommt; aber sage mir doch, warum du nicht mit den andern Christen die Messe hörst?“ Der aber antwortete: „Herr, wahrhaftig, unser Pfarrer führt ein abscheuliches Leben, und ich glaube, daß er nicht eine lautere und gottgefällige Messe feiert.“ Hierauf sprach der Greis: „Mag es so sein, wie du sagst; aber hier ist die Quelle, aus welcher das süße Wasserbächlein entspringt, aus dem du getrunken hast.“ Da sah sich jener um und erblickte einen räudigen Hund mit offnem Maule, durch dessen Zähne und geöffneten Rachen auf wunderbare Weise der Springquell herausquoll. Als er das deutlich erkannt hatte, da erschrak er sehr und wurde bestürzt; er schauderte am ganzen Leibe und wagte aus Ekel nicht zu trinken und düsterte doch außerordentlich. Dies sah der Greis und sprach zu ihm: „Fürchte dich nicht, weil du aus diesem Bache getrunken hast: das wird dir keine Beschwerden verursachen.“ Als jener das hörte, so trank er, löschte seinen Durst und sprach: „O Herr, nie hat ein Mensch so süßes Wasser getrunken.“ Da sagte der Greis: „Siehe, gleichwie dieses Wasser durch das Maul dieses räudigen Hundes fließt und doch seine eigentümliche Farbe und Geschmack behält, nicht beschmutzt oder verändert wird, so, mein Lieber, ist es mit der Messe, die durch einen unwürdigen Priester gefeiert wird. Und darum, wie sehr dir auch der Lebenswandel solcher Priester mißfallen mag, sollst du dennoch ihre Messe hören.“ Als der Greis das gesagt hatte, verschwand er, und jener offenbarte andern, was er gesehen hatte, und hörte nachher mit Frömmigkeit die Messe und brachte dieses vergängliche und unbeständige Leben zu einem seligen Ende: worauf er von diesem dem Untergange unterworfenen Leben zu einem unveränderlichen geführt wurde. Dieses aber möge uns allen gewähren Jesus Christus, Mariä Sohn.

Aus unserer Reihe „Geliebtes Deutschland“ bringen wir heute: Der klare Bach. (siehe Spalte links). Zur rechten Zeit, denn obwohl alle dringend auf einen Fortschritt in der Programmdiskussion warten, bestehen beim Publikum die größten Bedenken, aus gewissen Quellen zu schöpfen. So ist die Gefahr groß, dass die neuerliche Anstrengung, deren Ergebnis die „Grundlinien ...“ sind, folgenlos bleibt. Das wäre schade, denn es gibt Fortschritte. Konnte man in früheren Texten den Eindruck gewinnen, die Persönlichkeitsrechte seien so was wie die wichtigste Nebensache der Welt, wird jetzt klar, dass Emanzipation die Emanzipation der einzelnen Personen ist. Der untergegangene Realsozialismus wird dazu passend als Staatssozialismus bezeichnet. Die PDS tastet sich damit auf einen staatskritischen Weg vor.

Die „Grundlinien...“ ermöglichen eine Diskussion der Ziele der Partei, schon, aber eine Bestimmung der Gegenkräfte liefern sie nicht. Wieso kommt es zu Verbrechen wie dem Jugoslawienkrieg? Woher kommt die Bereitschaft breiter Bevölkerungskreise, Legitimierungslügen zu glauben und, auch wenn die Sache auffliegt, die Wahrheit nicht wissen zu wollen. Es fehlt eine Aussage zu dem Verhältnis von Kapital, „dominanz“ oder Kapitalherrschaft und den Phänomenen der Repression, der Militarisierung, der gezielten wirtschaftlichen Nicht-Entwicklung. So keimt dann doch das Gefühl, dass hier mit einem zudrückten Auge analysiert wird. Die fromme Einfalt, zu der die Tradition rät, ist bei der Behandlung der Sache also nicht am Platze.

(maf)

Grundlinien der Überarbeitung und Neufassung des Parteiprogramms der PDS

Beschlossen auf der Sitzung der ProgrammKommission vom 5. März 2001 mit 9 Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

Seitdem vor fast 5 Jahren durch den damaligen Parteivorsitzenden Lothar Bisky auf die Notwendigkeit der Überarbeitung des geltenden Programms hingewiesen wurde, entstanden im Ergebnis einer mehrjährigen Diskussion umfangreiche Analysen des gegenwärtigen Kapitalismus und eine Fülle programmatischer Ausarbeitungen. Zwar wurde von einzelnen gearbeitet, in der Partei insgesamt aber zu wenig diskutiert. Programmatische Positionen aber leben in einer Partei nicht dadurch, dass sie aufgeschrieben werden, sondern dass sie mehrheitlich und vor allem von den AktivistInnen diskutiert, verstanden, in der politischen Arbeit benutzt und in der Gesellschaft verbreitet werden. Doch darin liegen bis zum heutigen Tag Defizite. Trotz der Fülle an Ausarbeitungen sind tiefgreifende Umbrüche in Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Politik, die in den 90er Jahren offen zu Tage traten, programmatisch nicht hinreichend reflektiert und verarbeitet. In der Überarbeitung des geltenden Programms muss dies geleistet werden. Das betrifft u. a. die organische Beziehung von demokratischem Sozialismus und individueller Persönlichkeitsentwicklung und von demokratischem Sozialismus und Nachhaltigkeit. Das betrifft das Verhältnis von Neoliberalismus und Dritten Wegen der Sozialdemokratie, den Versuch, verschiedene Positionen zur Eigentumsfrage schlüssig zusammenzuführen, die informationstechnologischen Umwälzungen, die Entwicklungen, die in der öffentlichen Diskussion als Wissensgesellschaft bezeichnet werden und

ein zukunftsfähiges Bildungskonzept. Das betrifft das Verhältnis von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit im Zusammenhang mit einer möglichen bedarfsoorientierten Grundsicherung. Programmatischer Verarbeitung harren aber auch wichtige politische Erfahrungen und Kompetenzgewinne der PDS sowie tiefgreifende Wandlungen ihres politischen Platzes. Das betrifft besonders ihre wachsende Akzeptanz und Verankerung in der Gesellschaft und die Übernahme politischer Verantwortung in unterschiedlicher Gestalt.

Im Jahr 2000 wurden an den Thesen der ProgrammKommission und an einem Minderheitenvotum dazu weitgehende Differenzen sichtbar. Das warf die Frage auf, durch welche Entwicklung des Programms dem Charakter der PDS als einer sozialistisch-demokratischen Oppositionspartei mit kapitalismuskritischem Anspruch und als Reformkraft überzeugend Ausdruck verliehen und wie ihr eine langfristige Orientierung gegeben werden kann. Die Überarbeitung des Parteiprogramms muss davon ausgehen, dass nicht weniger, sondern mehr sozialistische Politik in Deutschland dringend gebraucht wird.

Weil wir weiterhin davon ausgehen, dass die Hauptursachen für die globalen Gefahren und für die soziale Polarisierung selbst in den reichsten Ländern die kapitalistische Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise in den Herrschaftszentren der Weltwirtschaft sowie die Herrschaft des Patriarchats sind, muss die Überarbeitung des Parteiprogramms

davon ausgehen, dass der Herrschaft des Kapitals, die Entwicklung des Nordens zulasten des Südens, patriarchale Herrschaft, der Vorgriff in der Gegenwart auf die Lebensbedingungen künftiger Generationen und jede Ungleichbehandlung von „Anderen“ überwunden werden müssen. In diesem Kampf wissen wir die kapitalistische ökonomische Grundstruktur bürgerlicher Gesellschaften und zivilisatorischen Errungenschaften wie wichtige demokratische Grundrechte, partielle Anerkennung des Sozialstaatsprinzips, zivilgesellschaftliche Entwicklungen und das öffentliche Bildungs- und Gesundheitswesen zu unterscheiden. Letztere wollen wir aus ihren Begrenzungen durch die Dominanz der profitbestimmten Wirtschaft über die Gesellschaft herauslösen und in neuer Weise entfalten.

Es bedarf im Gegensatz zu den Erwartungen vieler politischer Gegner, die auf die Aufgabe der sozialistischen Positionen durch die PDS und damit auf ihren langfristigen Selbstmord drängen, eines Entwurfs, der darauf abzielt, Sozialismus in der Tradition der Kämpfe der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Schichten in den letzten 200 Jahren, besonders der Arbeiterbewegung, als emanzipatorisches Projekt zu begründen. Ausgangspunkt sollte das von Marx und Engels formulierte Ziel einer „Assoziation“ sein, „worin die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller“ wird. Es wird deutlich zu machen sein, dass eine solche Perspektive die Überwindung der gegenwärtigen vorherrschenden, von hochgradiger Kapitalkonzentration und einem wachsenden Gewicht international operierender Großbanken, Finanzfonds und transnationaler Konzerne gekennzeichneten Eigentums- und Machtverhältnisse erfordert, dass es aber kurz- und mittelfristig auf dem voraussichtlich langen Weg zu einer gerechten Gesellschaft sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit um viele Teilschritte der Annäherung an eine solche Gesellschaft geht.

Der Entwurf eines veränderten Parteiprogramms soll Identität stiften. Er soll die PDS als demokratisch-sozialistische Partei, als Partei der Gerechtigkeit, als kapitalismuskritische Opposition und gestaltende Reformkraft der Bundesrepublik mit besonderer Verantwortung in Ostdeutschland, als Partnerin emanzipatorischer Initiativen und Bewegungen, geöffnet für ihre Diskurse und Ideen, präsentieren. Die PDS will nicht Nutzen aus den Ängsten von Menschen ziehen, sondern Menschen ermutigen, ihre Geschicklichkeit in die eigenen Hände zu nehmen. Der Gestaltungswille von Sozialistinnen und Sozialisten zielt auf einen demokratischen, von Mehrheiten getragenen Prozess von Veränderungen.

Die Grundgliederung (Überschriften sind noch zu präzisieren) des in Überarbeitung befindlichen Entwurfs¹ sollte sein:

Präambel

- I. Sozialismus – Ziel, Weg und Werte
- II: Die gegenwärtige Welt
- III. Sozialistische Politik
- IV. Veränderungen mit der PDS – Selbstveränderung der PDS

Bei der Überarbeitung und Neufassung des geltenden Parteiprogramms von 1993 durch einen neu gefassten Programmenvorschlag sollten folgende Überlegungen zu Grunde gelegt werden:

Entwicklung einer konsistenten Gesamtbegründung des demokratischen Sozialismus, der auf Gerechtigkeit zielt und Freiheit, Gleichheit und Solidarität verbindet

Das geltende Parteiprogramm wurde zwischen 1991 und 1993 weitgehend unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der staatssozialistischen Länder in Europa verfasst. Lange Auseinandersetzungen in der Partei über ihre Identität, die inzwischen mit neuen Einsichten geführt wurden, lagen noch vor uns. Unter diesen Bedingungen war es außerordentlich schwierig, den Gesamtwillen aller Mitglieder der PDS nach Bewahrung und Erneuerung sozialistischer Überzeugungen und Handlungsorientierungen mit gemeinsamen Grundpositionen Ausdruck zu verleihen.

Der jetzt vorzulegende Entwurf soll darauf zielen, ausgehend von den deutschen, europäischen und internationalen Diskussionen eine einheitliche und durchgehende Begründung unserer sozialistischen Positionen vorzulegen. Auf die Grundlage dafür soll der Abschnitt I des Entwurfs konzentriert werden.

Das geltende Programm ist zu stark durch ein Nebeneinander von Sozialismus als Ziel und den Zielen praktischer Politik gekennzeichnet. Dies begünstigte, dass in der Diskussion der vergangenen Jahre das zwingend notwendige Beharren auf sozialistischen Zielvorstellungen und das ebenso zwingend notwendige Beharren auf eingreifender Politik teilweise in einen unfruchtbaren Gegensatz zueinander gerieten. Fragen der grundlegenden Veränderung von Eigentums- und Machtverhältnissen und der Überwindung des Kapitalismus waren nicht systematisch mit der Vertretung wichtigster emanzipatorischer Interessen in der Gegenwart verbunden. Vorstellungen über eine sozialistische Gesellschaft waren nicht überzeugend mit Strategien der Veränderung der gegenwärtigen Herrschafts- und Vergesellschaftungsformen verbunden worden. Das Zusammenführen dieser zusammengehörigen Momente muss programmatisch in dem zu erarbeitenden Entwurf geleistet werden.

Der überarbeitete Entwurf sollte davon ausgehen, dass die modernen kapitalistischen Gesellschaften durch den Kampf sozialer Gruppen für oder gegen Emanzipation und Solidarität gekennzeichnet sind. Es soll der Kampf darum dargestellt werden, wer den gesellschafts-

lichen Reichtum aneignen und wer über ihn verfügen kann. Der Kampf für Gerechtigkeit ist der Kampf um einen sozial gleichen Zugang für jede und jeden zu den elementaren Grundbedingungen eines selbstbestimmten, menschenwürdigen Lebens, zu jenen Gütern, die ein Leben in Freiheit² ermöglichen und die deshalb als Freiheitsgüter bezeichnet werden. Sie für ausnahmslos alle zu erkämpfen, heißt umfassende Durchsetzung der Menschenrechte. Dabei sollte die Aufmerksamkeit vor allem auf die Möglichkeit der Wahrnehmung demokratischer Rechte für alle, auf Frieden und Freiheit auch von Gewalt im Innern, Erhalt der Umwelt, Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit konzentriert werden.

Es gehört zu den Theoremen des Neoliberalismus, dass Freiheit und Gleichheit, Freiheit und Sozialismus sich ausschließen. Empirische Analysen beweisen jedoch, dass breite Teile der Bevölkerung diese Annahme nicht teilen. Aber auch unser bisheriges Parteiprogramm konnte keine schlüssige Fundierung der Einheit von Freiheit und Gleichheit und ihrer Beziehung zu Solidarität formulieren. Die Erfahrungen des Staatssozialismus haben gezeigt, dass nur eine sozialistische Position, die auf Freiheit gründet und auf Freiheit zielt, die auf eine umfassende Garantie der Menschenrechte hinarbeitet, dauerhaften Bestand haben kann. Der Unterschied zu den Positionen des Neoliberalismus und Konservatismus liegt vor allem darin, dass Sozialismus auf die Freiheit für jede und jeden nicht als abstrakte Deklaration zielt, sondern nur bei gleichem Zugang zu den Grundbedingungen menschenwürdigen Lebens in Freiheit erreicht wird. Der Unterschied ist das Bestehen auf Solidarität in den Kämpfen für eine gerechte Gesellschaft. Und er liegt im Streben nach Überwindung jener Eigentums- und Machtverhältnisse, die wirklicher Freiheit dadurch entgegenstehen, dass auf ihrer Grundlage der Profit der ökonomisch Mächtigen das zentrale Entscheidungsmaß in der Gesellschaft ist. Anders ist unsere Haltung zum unternehmerischen Gewinnstreben in kleinen und mittleren Unternehmen. Es ist unverzichtbar für eine innovative und anpassungsfähige Wirtschaft und birgt nicht die Gefahr, dass die ganze Gesellschaft exklusiven Kapitalinteressen unterworfen wird.

Für uns ist sozialistische Politik eine Politik der Gerechtigkeit. Ihr Ziel ist es, die strukturellen Bedingungen von Unfreiheit, Ungleichheit und Ausbeutung, jene Macht- und Eigentumsverhältnisse, auf denen sie beruhen, zurückzudrängen und zu überwinden. Es ist eine Politik, die gleiche soziale Möglichkeiten von Freiheit für jede und jeden schaffen will. Freiheit in diesem umfassenden Sinn bestimmt unsere Politik. Soziale Gleichheit aller ist das Maß, das diese Politik an den Zugang zu den grundlegenden Bedin-

gungen selbstbestimmten Lebens anlegt und gerade dadurch die verschiedene Ausprägung von individuellen Anlagen, Begabungen und Fähigkeiten ermöglicht. Solidarität ist unabdingbar, um gerechte Politik zu verwirklichen. Ohne soziale Gleichheit ist Freiheit nur die Kehrseite von Ausbeutung. Und ohne die Schaffung der realen Bedingungen freier Selbstverwirklichung für alle ist jede Gleichheit Unterdrückung. Freiheit und Gleichheit sind nur in Solidarität erreichbar. So definieren wir die sozialistischen Werte, auf die wir uns in unserem Programm von 1993 geeinigt hatten. Wir legen sie gegenwartsbezogener Politik in den Kommunen, Ländern, im Bund, der Europäischen Union und im globalen Maßstab zu Grunde.

Ein solcher Ansatz misst Sozialismus nicht an einem abstrakten Modell, sondern daran, wie emanzipative Forderungen realer sozialer Bewegungen und Interessen konkreter sozialer Gruppen, die vom Ausschluss von Menschenrechten und entscheidenden Lebensbedingungen bedroht sind, in der Wirklichkeit erfüllt werden können. Damit wird die Trennung von konkreter Interessenvertretung und emanzipativen Bewegungen einerseits und sozialistischem Anspruch andererseits, die so lange sozialistisch-kommunistische Vorstellungen geprägt hat, grundsätzlich aufgehoben. Sozialistinnen und Sozialisten haben dann auch allen anderen keinesfalls „Einsichten“ in die wahren Interessen dieser anderen voraus, sondern sind höchstens durch die besondere Bereitschaft gekennzeichnet, sich heute und jetzt gemeinsam mit vielen anderen emanzipativ zu engagieren.

Es sollte der durchgehende Anspruch des Entwurfs sein, diese Position zur zentralen programmatischen Orientierung der Politik der PDS zu machen. Die Kritik des gegenwärtigen Kapitalismus und der herrschenden Politik in Abschnitt II sollte vom Standpunkt eines solchen Sozialismusverständnisses erfolgen. Deshalb ist es sinnvoll, diesen Standpunkt vor der Analyse und Kritik der gegenwärtigen Gesellschaft im Abschnitt I zu begründen. Abschnitt III müsste dann strategische Ansprüche der PDS auf ausgewählten Feldern ausgehend von der genannten sozialistischen Position formulieren. Dieser Abschnitt muss auf die Eckpunkte einer Politik konzentriert werden, die die bisher nicht verfügbaren Grundbedingungen eines menschenwürdigen Lebens hervorbringt und allen einen sozial gleichen Zugang zu ihnen sichert. Nicht um einen vollständigen Katalog aller Politikfelder und Politikangebote geht es dabei, sondern vor allem um sozial gleichen Zugang zur Wahrnehmung demokratischer Rechte für alle und zu existenzsichernder Arbeit, um Freiheit von physischer Gewalt, um sozialen gleichen Zugang zu Bildung und Kultur, sozialer Sicherheit und Gesundheit sowie um die Erhaltung der Umwelt.

Auch die Kritik am Staatssozialismus

in Europa muss von jenen strukturellen Defiziten ausgehen, die dazu führten, dass es unmöglich war, jeder und jedem die grundlegenden Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens, besonders die individuellen Freiheitsrechte, zu garantieren.

Die Erfahrungen des Staatssozialismus haben gezeigt, dass nur eine sozialistische Position, die sich auf die umfassende Garantie der Menschenrechte gründet, dauerhaft Bestand haben kann. Der Ansatz der sozialen Gleichheit im Zugang aller zu den wichtigsten Freiheitsgütern ist alles andere als ein Bruch mit unserem demokratischen sozialistischen Selbstverständnis.

- Dieser Ansatz knüpft an die großen Ideale Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bzw. Solidarität an, die die bürgerlichen Gesellschaft nur sehr beschränkt und herrschaftlich deformiert eingelöst hat.
- Dieser Ansatz weist alle Angriffe auf die PDS als angeblich allenfalls noch sozialer Gerechtigkeit, jedoch auf keinen Fall freiheitlichen Werten verpflichtet, prinzipiell zurück, denn er bindet Sozialismus und Freiheit zusammen.
- Dieser Ansatz geht über ein Freiheitsverständnis als grundgesetzliches Postulat, mit dem die Verfassungswirklichkeit vielfach kollidiert, weit hinaus: Eingefordert wird, die realen Grundbedingungen eines selbstbestimmten Lebens zu schaffen und soziale Gleichheit des Zugangs zu ihnen zu erkämpfen. Dies zeichnet den demokratischen Sozialismus aus. Freiheit und Gleichheit sind voneinander nicht zu trennen.
- Dieser Ansatz ist weder idealistisch noch subjektivistisch. Er versteht die Verbindung von Gleichheit und Freiheit als Aufgabe eines langen Kampfes um die Veränderung und schließlich Überwindung der gegenwärtigen Eigentums- und Machtverhältnisse, eines Kampfes, in dem es immer um die Solidarität mit den Benachteiligten geht, mit denen, die den geringsten Zugang zu den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens haben. Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind die Grundwerte des demokratischen Sozialismus, deren Verwirklichung eine gerechte Gesellschaft ausmachen und die sich mit diesem Gehalt von verbal gleich formulierten Werten anderer Parteien prinzipiell unterscheiden.
- Dieser Ansatz verbindet sozialistische Politik in den gegebenen Verhältnissen, das Eintreten für alternative Reformen in der Gegenwart, für machbare kleine Schritte mit dem über den Kapitalismus hinaus weisenden Ziel. Denn der Maßstab des Handelns ist heute und künftig, mehr Annäherung an gleichen Zugang zu den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens, mehr individuelle Freiheit durch mehr Solidarität in den Kämpfen unserer Zeit zu errei-

chen und damit zugleich Sozialismus als Ziel näher zu kommen.

- Dieser Ansatz geht insgesamt von der ganz einfachen, elementaren, lebensnahen Frage aus: „Was braucht jeder Mensch für ein Leben in Menschenwürde?“. So dass in Abschnitt III die alternativen Politikangebote der PDS als Antwort auf diese Frage entwickelt werden können, weil sie darauf zielen, gemeinsam mit demokratischen Mehrheiten um sozial gleichen Zugang für alle zu eben dem zu kämpfen, was Menschen für ihr selbstbestimmtes Leben brauchen und selbst schaffen müssen. Damit wird der Zusammenhang zwischen Sozialismus und individueller Persönlichkeitsentfaltung entschieden stärker entwickelt als im geltenden Programm.

Sozialistische Politik wird von uns also als Kampf in der gegenwärtigen Gesellschaft um mehr Gerechtigkeit, um mehr soziale Sicherheit, Solidarität und Freiheit der Einzelnen auf diesen Grundlagen verstanden, die gegebenen Verhältnisse umgestaltet und über sie hinausweisend zugleich. Sozialistische Politik ist gestaltende Politik im Heute im Rahmen des Kampfes um alternative Reformen. In der PDS haben in diesem Prozess sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensezten und die gegebenen Verhältnisse grundsätzlich ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.

Originär sozialistische Politik kann, wenn sie erfolgreich ist, Fortschritte in der Annäherung an eine gerechte Gesellschaft im Hier und Heute, d. h. in Richtung Sozialismus bewirken, zugleich wird es ohne qualitative Veränderungen der Machtverhältnisse keine sozial gleiche Verfügung über die Freiheitsgüter moderner Gesellschaften für jede und jeden geben.

Kritische Analyse der gegenwärtigen Welt – den Entwicklungen der Gegenwart gerecht werden

In den letzten zehn Jahren wurde deutlich, dass der Zusammenbruch des europäischen Staatssozialismus Teil einer grundlegenden Veränderung der internationalen Ordnung war und von der Entstehung einer neuen Stufe des Kapitalismus begleitet und auch mitverursacht wurde. Während das geltende Parteidrogramm primär von einer Ausdehnung des Kapitalismus ausgeht, wie er bis 1989 vorlag, sollte der neue Entwurf von tiefgreifenden Veränderungen des Kapitalismus ausgehen. Dabei sollte gezeigt werden, wie dieser Wandel durch eine Verschärfung von kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung geprägt ist und dass er zugleich Möglichkeiten für alternative Entwicklungen birgt, die bei veränderten Kräfteverhältnissen ausgeschöpft werden können.

- zur Analyse der gegenwärtigen Welt gehören u. a. die Krise der Nachkriegsordnung seit den 70er Jahren und
- die Kritik der neoliberalen Offensive als Reaktion darauf,
- die Kritik des neoliberal geprägten Kapitalismus, der alle Entwicklung verstärkt den Profitinteressen des hochkonzentrierten, international operierenden Kapitals der drei rivalisierenden und kooperierenden Zentren des kapitalistischen Weltsystems unterordnet: die neue Rolle der Großbanken und institutionellen Anleger auf den Finanzmärkten, die Medienallmacht in der Gesellschaft, der Rückfall in den Versuch, gesellschaftliche Probleme mit Mitteln des Krieges lösen zu wollen, Westeuropas Anspruch auf das Recht militärischer Intervention in anderen Ländern und die Beteiligung der Bundesrepublik am Krieg im Kosovo, die vertiefte soziale Kluft zwischen oben und unten in der Bundesrepublik, der Informationskapitalismus und seine neuen, durch die Kapitalverwertung unter den Bedingungen der Informationstechnologien bestimmten Strukturen, Wandlungen in der Sozialstruktur: die Differenzierung zwischen InformationsarbeiterInnen und prekär Beschäftigten, internationale Feminisierung der Arbeit bei Niedrigstlöhnen und diskriminierenden Gesamtbedingungen, so dass die weiblichen Beschäftigungsverhältnisse den Weg auch der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von Männern bahnen, kultureller Kapitalismus und die Verwandlung großer Teile des Lebens in Waren, die Konflikte zwischen heute erforderlicher Individualität, Kreativität und Selbstverantwortung eines Teils der Arbeitenden und ihrer gleichzeitigen Unterordnung unter die internationale Verwertungslogik u.a.
- die globalen sozialen, ökologischen und durch Militarisierung bestimmten Probleme im Globalisierungsprozess. Dazu gehören die internationale soziale Polarisierung, deren negative Wirkung auf Demokratisierung und die Untergrabung nationalstaatlicher Handlungsspielräume,
- die spezifische Lage in der Bundesrepublik und das Versagen der ökonomisch Mächtigen und politisch Herrschenden im Umgang mit den dramatischen Problemen in Ostdeutschland,
- die Dritten Wege der Sozialdemokratie als Versuch, die Grundtendenzen des Neoliberalismus gerade dadurch weiter durchzusetzen, dass auf neue Probleme mit sozialen Teilkompromissen und mit der Suche nach Konsens reagiert wird.

3. Formulierung von Eckpunkten einer alternativen Reformstrategie der PDS

Der Dreh- und Angelpunkt der in einer überarbeiteten, erneuerten Fassung des Parteiprogramms zu bestimmenden sozialistischen Politik muss es sein, alterna-

tive Reformprojekte auf entscheidenden Politikfeldern zu entwickeln. Unser Ausgangspunkt dafür ist die Frage danach, was Menschen für ihr Leben brauchen und sich in der Regel wünschen.

Das heißt, dass die beiden ersten Abschnitte eines Entwurfs für das überarbeitete Parteiprogramm – das Verständnis des Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem und die Auseinandersetzung mit der Situation in der gegenwärtigen Welt und in der Bundesrepublik – logisch zu dem dritten Abschnitt der Darstellung sozialistischer Politik als Kampf um den gerechten Zugang aller zu den Grundbedingungen eines menschenwürdigen Lebens hinführen sollen. In diesem Teil würden dann nicht Anstrich-Aussagen zu verschiedenen Politikfeldern aneinander gereiht, sondern sein Zusammenhalt sollte sein, dass nach dem Grundbestand von Voraussetzungen eines solchen Lebens gefragt wird. Das ergibt die Hauptfelder des dritten Abschnitts, deren Reihenfolge keine Rangfolge bedeutet:

1. Sozial gleicher Zugang aller zur Wahrnehmung demokratischer Rechte in einer erneuerten Demokratie
2. Freiheit von der Gefährdung des Lebens durch Kriege und durch Gewalt im Innern
3. Erhalt der Umwelt und erdumspannend gleiche Anrechte auf gleichen Umweltraum
4. Existenzsichernde Arbeit
5. Sozial gleicher Zugang aller zu Bildung, Wissen und Kultur
6. Erneuerte soziale Sicherung für alle

Sozialistische Politik sollte als Streit für diese Grundgüter gegen Ungerechtigkeit und Ungleichheit des Zugangs zu ihnen in der Bundesrepublik und international, gegen die Eigentums- und Machtverhältnisse, die dieser Ungleichheit zu Grunde liegen, dargestellt werden. Sozialistische Politik als kapitalismuskritische Reformbewegung, die über den Kapitalismus hinausweist, findet in unserem Verständnis dort statt, wo die Würde des Menschen wiederentdeckt wird statt ihre Vermarktung hinzunehmen, wo Menschen emanzipatorisch handeln statt sich der Profitlogik unterordnen zu lassen. Unser Leitbild ist der selbstbestimmt und solidarisch handelnde Mensch in einer Gesellschaft zunehmend gerecht verteilter Freiheitsgüter.

Diese Positionen müssen im überarbeiteten neugefassten Programmentwurf so entwickelt werden, dass wichtige Probleme den Kämpfen um diese Lebensbedingungen/Güter zugeordnet werden können:

- Demokratie und Bürgerrechte, z.B.
- Kampf gegen Medienallmacht
 - Bürger- und Menschenrechte für Migrantinnen und Migranten
 - Wirtschaftsdemokratie
 - Gleichstellung der Geschlechter
 - Wandel der Regulationsweisen
 - Demokratisierung von internationalen Institutionen
- Freiheit von Gewalt gegen das Leben, z.B.

- Antifaschismus, Kampf gegen Rechts-extremismus
- Sicherheits- und Friedenspolitik, Anti-militarismus
- Offene Grenzen für Verfolgte in Not und Migrationspolitik
- Kampf für ein friedliches und demokratisches Europa
- Kampf für eine kooperative Weltordnung

Umwelt, z. B.

- Verhältnis von demokratischem Sozialismus und Nachhaltigkeit
- Wandel der Lebensweisen
- Technologiepolitik

Arbeit, z.B.

- neue Beschäftigungsfelder
 - Neubestimmung unseres Verhältnisses zur Arbeit, des selbstbestimmten Verhältnisses von Erwerbs-, und Nichterwerbsarbeit
 - Arbeitszeitverkürzung und gerechte Verteilung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen
 - Regionalisierung
- Bildung, Wissen, Kultur, z.B.
- demokratische Bildungsreform
 - Jugend und Persönlichkeitsentwicklung, Kinder- und Jugendrechte
 - Chancengleichheit
 - Wissenschafts- und Hochschulpolitik

Soziale Sicherheit, z.B.

- Umverteilung von oben nach unten
- Grundsicherung
- Rente
- Gesundheit

Querschnittsfragen wie unser Standpunkt zum Umgang mit den spezifischen Problemen und Herausforderungen in Ostdeutschland und Geschlechtergleichstellung müssen durchgängig behandelt werden. Dies entspricht der Forderung nach gleichem Zugang zu den genannten Grundbedingungen menschlichen Lebens z. B. unabhängig von Geschlecht oder Wohnort.

Neu in der Komposition des zu erarbeitenden Programmentwurfs muss es sein, dass ein logischer Zusammenhang des Ganzen in einer Art Erzählung entwickelt wird: Die PDS als Partei, die an die Geschichte der Kämpfe sozialer Klassen und Gruppen in den letzten 200 Jahren um gerechte Teilhabe an gesellschaftlichem Reichtum und um gleichen Zugang zu gesellschaftlicher Macht anknüpft, an den Kämpfen der Unterdrückten um die Würde des Menschen. Sozialistische Politik als solche, die dies unter den gravierend gewandelten gegenwärtigen Bedingungen mit eigenem Ziel fortsetzt. Diesen Wandel zu analysieren, bedeutet prinzipielle Kapitalismus-Kritik, aber auch ein Deutlichmachen von Möglichkeiten, die der gewandelte Kapitalismus hervorbringt und zugleich in Fesseln schlägt, die damit Ansätze sozialistischer Politik in der gegenwärtigen Gesellschaft bieten. Sozialistische Politik sollte in Auseinandersetzung mit diesem Kapitalismus als Kampf um

gerechten Zugang zu Freiheitsgütern auf entscheidenden Feldern gesellschaftlicher Entwicklung dargestellt werden. Dabei müssen die Alternativen gesellschaftlicher Entwicklung deutlich gemacht werden, für die die PDS steht. Schließlich sollte in Abschnitt IV umrissen werden, welche Selbstveränderungen der PDS abgefordert sind, wenn sie die Gesellschaft verändern will.

Anmerkungen

1) In der Arbeit an den „Grundlinien“ hat sich herausgestellt, dass diese Linien am besten im Verlauf der Ausarbeitung und im Prozess der Formulierung der programmatischen Substanz selbst Gestalt annehmen. Es erwies sich als nicht produktiv, erst ein relativ substanzarmes Gerüst orientierender „Linien“ erarbeiten zu wollen und danach dann an die Erarbeitung des zu verändernden Programmtextes zu gehen. Daher erfolgte die Arbeit an beiden gleichzeitig. Das führte dem Beschluss des Parteivorstandes vom 8. Januar 2001 gemäß zu den hier vorgelegten Grundlinien. Gleichzeitig wird es möglich sein, durch weitere Arbeit am Programmtext die Forderung im Beschluss des Parteivorstandes einzulösen, einen Programmentwurf so schnell wie möglich vorzulegen. Das ist deshalb wichtig, weil Grundlinien, die ja nicht die konkrete Ausführung von angekündigten programmatischen Absichten bieten können, zwangsläufig Raum für Vermutungen und für Interpretationen eines noch gar nicht vorgelegten Textes lassen. Fertigstellung, Veröffentlichung und ausführliche Diskussion des Programmentwurfs werden dieses Problem lösen können.

2) Wir verstehen unter Freiheit die verwirklichte Möglichkeit des Individuums, seine Lebensfragen nach Maßgabe und Erkenntnis der eigenen Interessen zu entscheiden, diese Entscheidungen zur Gelung zu bringen und Konflikte mit Entscheidungen anderer auf dem Wege gleichberechtigter Aushandlung auf der Basis institutioneller Absicherung (Meinungsfreiheit, Rechtstaatlichkeit, Demokratie, Pluralismus) und gesellschaftlich akzeptierter Werte zu lösen.

Wir sehen, dass eine kapitalistisch geprägte moderne Gesellschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland diesen hohen Freiheitsanspruch, den sie auf abstrakter Ebene selbst verkündet und im Unterschied zum Staatssozialismus in weiten Zügen juristisch garantiert, nicht umfassend einzulösen vermag. Als Sozialistinnen und Sozialisten wissen wir und legen wir unserer Politik zu Grunde,

- dass Unterschiede und Ungerechtigkeiten beim Zugriff auf die gesellschaftlichen und natürlichen Ressourcen maßgeblichen Einfluss darauf haben, ob und in welchem Ausmaß die Individuen die verkündete Freiheit genießen und nutzen können;
- dass große soziale Gruppen der Gesell-

schaft weitgehende faktische Einschränkungen der individuellen Freiheit erleiden müssen;

- dass daher ohne tiefgreifende Umwälzung der kapitalistischen und patriarchal geprägten Machtstrukturen Freiheit nicht umfassend zu verwirklichen ist.

Minderheitsvotum zu den Grundlinien der Überarbeitung und Neufassung des Parteiprogramms der PDS

Von Uwe-Jens Heuer, Mitglied der Programmkommission (leicht gekürzt)

1. Zur Vorgeschichte. Mit den am 5.3.2001 beschlossenen „Grundlinien“ wurde die sofortige Ausarbeitung eines neuen Programms und zugleich die Grundstruktur dieses Programms festgelegt. Diese Entscheidung widerspricht dem Beschluss des 6. Parteitages (3. Tagung) von Münster vom April 2000 und dem Beschluss des Bundesvorstandes vom 8.1.2001. Vom Parteitag war festgelegt worden, „dass erst der 7. Parteitag über den zeitlichen Verlauf der Debatte insgesamt entscheiden wird. (...)

Hinter dem Ausdruck Neufassung verbirgt sich jetzt eine neue theoretische Ausgangsposition und Grundstruktur des Programms. Ellen Brombacher, Winfried Wolf und ich hatten demgegenüber einen Beschlussentwurf vorgelegt, der dem Auftrag des Parteitages und dem Beschluss des Bundesvorstandes vom 8.1.2001 entsprach. Wir gingen davon aus, dass bei einer Überarbeitung grundsätzlich von der jetzigen Gliederung des Parteiprogramms auszugehen ist. (...)

In der Programmkommission wurde ein derartiges Vorgehen abgelehnt. Nach einer ersten Beratung am 23.2.2001 wurden am 5.3.2001 die Grundlinien beschlossen. Damit ist von der Programmkommission ohne jede Diskussion in der Mitgliedschaft nicht nur die sofortige Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms, die inzwischen schon erheblich vorangeschritten ist, sondern auch die inhaltliche Neukonzeption beschlossen worden. Die entscheidende Begründung war, dass sich bei der Ausarbeitung der Grundlinien ergeben habe, dass man sie gar nicht vornehmen könne, ohne nicht zugleich einen Programmentwurf auszuarbeiten. Ein Richtungswechsel ist zu befürchten. Ellen Brombacher und ich stimmten gegen die „Grundlinien“ (Winfried Wolf hat an der 2. Beratung nicht teilgenommen).

2. Meine entscheidenden inhaltlichen Einwände gegenüber den „Grundlinien“ sind: Auf dem ersten Blick bietet das vorliegende Papier eine theoretische Lösung der in der Programmkommission und in der Partei bestehenden Konflikte zur Programmatik. Allerdings zeigt sich bei genauerem Durchdenken, dass diese Lösung nur äußerlich, terminologisch durch ein theoretisches Konstrukt erfolgt. Im

Ergebnis der Debatten am 23.2 und 5.3. 2001 wurden vor allem am Anfang eine Reihe von Ergänzungen eingefügt, denen weitgehend zugestimmt werden kann. Sie entsprechen in vielem dem geltenden Parteiprogramm und inzwischen darüber hinaus gewonnenen Einsichten. Entscheidend aber für mein Votum ist, dass das theoretische Konstrukt im Widerspruch zu diesen Einfügungen als „Koordinaten system“ (Gabi Zimmer) beibehalten wird.

1. Ausgangspunkt soll das im Kommunistischen Manifest formulierte Ziel einer „Assoziation“ sein, „in der die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller“ wird. Aber vorher schrieben Marx und Engels: „In diesem Sinne können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen.“ Das Ziel setzt die Abschaffung der Klassen, des Staates und der Konkurrenz voraus, alle Produktion soll „in den Händen der assoziierten Produzenten konzentriert“ werden. Diese Abschaffung kann nicht unter der Bedingung der freien Entwicklung aller erfolgen. Dass hier Widersprüche bestehen, liegt auf der Hand. Aber man muss sich ihnen eben stellen. Niemand ist gezwungen, sich auf Marx und Engels zu beziehen. Wenn man es aber tut, dann kann man nicht einen einzigen Satz herausreißen.

2. Nach den „Grundlinien“ besteht im jetzigen Programm ein Nebeneinander von sozialistischem Ziel und Zielen praktischer Politik. Das hätte einen unfruchtbaren Gegensatz in der Partei begünstigt (S. 2). Überhaupt seien sozialistisch – kommunistische Vorstellungen davon geprägt worden, dass sie konkrete Interessenvertretung, emanzipative Bewegungen und sozialistischen Anspruch getrennt hätten (S. 6). Der Sozialismus soll jetzt (wirklich erst jetzt? Nicht schon von Marx?) als emanzipatorisches Projekt begründet werden (S. 2). Tatsächlich hängen aber die unterschiedlichen Ansichten („Strömungen“) in der PDS mit Traditionen, mit realen Entwicklungen, auch mit Interessen zusammen. Sich über derartige Widersprüche im Klaren zu sein, ist die Vorbedingung nicht ihrer Beseitigung, wohl aber ihrer Einbindung in den gemeinsamen Kampf. In den Grundlinien wird insbesondere auf die „weitgehenden Differenzen“ von Thesen und Minderheitsvotum, die Ende 1999 gemeinsam veröffentlicht und breit diskutiert wurden, hingewiesen (S. 1). Allerdings wird dann zu den damals kontrovers diskutierten Fragen (etwa zu Fragen der Moderne-theorie, der Regierungsteilnahme, der Zustimmung zu Militäreinsätzen und der Umwertung der DDR-Geschichte) praktisch nichts gesagt.

3. Die Verknüpfung von Ziel (Freiheit eines jeden) und praktischer Politik erfolgt dann über den eigens dafür neu entwickelten Begriff der Freiheitsgüter. Nur eine sozialistische Position, „die auf der

Freiheit gründet und auf Freiheit zielt“, können dauerhaften Bestand haben Freiheitsgüter sind solche Güter, „die ein Leben in Freiheit ermöglichen“. Zu ihnen sollen alle gleichen Zugang haben. Ge nannt werden die Freiheitsgüter „Wahrnehmung demokratischer Rechte für alle, auf Frieden und Freiheit von Gewalt auch im Innern, Erhalt der Umwelt, Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit“ (S. 5). Dieser grundsätzliche Ansatz „individuelle Freiheitsgüter“ erscheint theoretisch nicht zu Ende gedacht. Wie sollen alle gleichen Zugang zu Frieden oder Erhaltung der Umwelt haben? Frieden und Erhalt der Umwelt können nur alle gemeinsam haben oder nicht haben. In diesem Zusammenhang wird zwar von Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums gesprochen, aber das Eigentum selbst ist kein Freiheitsgut. Das ist richtig, obwohl anzunehmen ist, dass die meisten Menschen davon ausgehen, dass in der gegenwärtigen Gesellschaft ihre Freiheit entscheidend davon abhängt, über wie viel Eigentum (oder Geld) sie verfügen. Wie beim Frieden und bei der Umwelt ist das Problem wohl nur durch die Assoziation, durch gemeinschaftliches Handeln zulösen. Ungeklärt ist auch das Verhältnis von individuellen Freiheitsgütern einerseits, von Menschenrechten andererseits. Es scheint mir kein Zufall zu sein, dass an Stelle von Demokratie jetzt die Freiheit zum zentralen Ansatzpunkt des Sozialismus wird. Der demokratische Sozialismus soll wohl durch libertären Sozialismus ersetzt werden.

4. Da die Autoren nur vom Individuum ausgehen, wollen sie den Freiheitsraum aller gleichmäßig auf allen Gebieten ausdehnen, was eine idyllische Entwicklung vorspiegelt. Sie stellen die „einfache, elementare, lebensnahe Frage“: „Was braucht jeder Mensch für ein Leben in Menschenwürde?“ (S.7), die Frage danach, „was Menschen für ihr Leben brauchen und sich in der Regel wünschen.“ (S. 10) Aber haben der Arbeitslose, die Arbeiterin in der Textilindustrie, der Jungunternehmer, der General der Bundeswehr und der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank tatsächlich die gleichen Wünsche? Von den Bedürfnissen und Wünschen in der 3. Welt ganz zu schweigen. Im Grunde wird von der sozialen Analyse des Marxismus zu einem allgemein abstrakten „Menschen“ zurückgegangen. Es wird nicht einmal die Frage gestellt, ob es Widersprüche zwischen den „Freiheitsgütern“ gibt, welche für wen von besonderer Bedeutung sind.. DDR und BRD werden sehr unterschiedlich behandelt. Es wird gesagt, es sei im Staatssozialismus unmöglich gewesen, „jeder und jedem die grundlegenden Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens, besonders die individuellen Freiheitsrechte, zu garantieren“ (S. 6). In der kapitalistisch geprägten modernen Gesellschaft der BRD sei der hohe Freiheitsanspruch dagegen „in weiten Zügen juristisch garantiert“, allerdings nicht umfassend eingelöst worden (S. 4).

5. Entscheidend aber ist, dass alles das ein rein subjektives Konstrukt ist, nicht aus den Widersprüchen der heutigen Ge-

sellschaft entwickelt wird. Da nützt es auch nichts, dass den Ausgangspunkt ein Satz von Marx und Engels bildet. Insfern sehe ich den Grundmangel dieses Vorschlags darin, dass er mit einem theoretischen Konstrukt anfängt, statt von der Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft auszugehen (Reihenfolge von Abschnitt I und II). Marx und Engels hatten im Kommunistischen Manifest in Abgrenzung zu damaligen Konstrukteuren erklärt: „Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung“. Eine solche Zurücknahme des materialistischen Ausgangspunktes war auch der entscheidende Schritt im Godesberger Programm der SPD von 1959. Damals wurden erstmalig Grundwerte an die Spitze des Programms gestellt, die durch Setzung festgelegt wurden und nach eigener Erklärung auf keiner Geschichtsphilosophie und Gesellschaftsanalyse beruhten. Warum um Himmels willen sollen unsere Analysen und theoretischen Aussagen auf das Prokrustesbett der „Freiheitsgüter“ gespannt werden? Wenn wir uns über den gegenwärtigen Kapitalismus, seine Tendenzen, seine Gefahren (für wen?) und seine Chancen (für wen?) verständigt haben, was ohne Analyse und Theorie nicht möglich ist, wird es bestimmt leichter sein, über sozialistisches Ziel und Re-

Broschüre über Soldatenbewegung in der BRD geplant

Archiv für soziale Bewegungen in Freiburg sucht Dokumente und andere Materialien dazu

„Im Mai dieses Jahres haben wir die Antimilitaristische Gruppe Koblenz (AGK) gegründet. Wir werden für die ca. 20000 Soldaten von Koblenz und Umgebung die „Koblenzer Kasernen Zeitung“ (kkz) herausgeben. Diese erste Ausgabe wollen wir dazu benützen uns kurz vorzustellen.“

So lauteten die ersten Zeilen der Selbstverständniserklärung „Was wir wollen“, einer Gruppe junger Soldaten und deren ziviler Unterstützer. Wir schreiben den Juni 1973. In der damals größten Garnisonstadt Westeuropas, in Koblenz, ist Rekruteneinzug, wie in vielen anderen Städten der BRD.

Vor den Kasernen wird die erste Ausgabe der „kkz“ verteilt, aus der die Erklärung der „AGK“ entnommen ist. Zu Beginn der 70er Jahre entwickelt sich u.a. aus der Bewegung zur Kriegsdienstverweigerung, die Initiative, um die Interessen der Lohnabhängigen, die nun Soldaten wurden, auch in der Bundeswehr zu kämpfen. Die Lage der Soldaten war weitgehend rechtlos. Die kkz schreibt dazu: „Eine Organisierung in den Kasernen ist verboten. Sogar der wirkungsvolle Kampf für zugesagte Rechte wird als Meuterei erklärt und hart bestraft. Das Prinzip von Befehl und Gehorsam in Zusammenhang mit den stets drohenden „erzieherischen Maßnahmen“, Disziplinarordnung und Truppendifferenzbarkeit lehrt uns was die Herrschenden hierzulande unter Demokratie verstehen, nämlich die bedingungslose Unterordnung unter ihre Gesetze unter ihre Befehle und Anweisungen.“

Starker Antrieb für diese Bewegung waren die Kämpfe der Lehrlings- und Schülerbewegung, die zur gleichen Zeit stattfanden. In Betrieb, Schule wie Kaserne, war man sich verstärkt

seiner Rechte bewusst.

In den gesamten 70er Jahren nahm die Soldatenbewegung mächtigen Auftrieb. In allen wichtigen Bundeswehrstandorten der BRD entwickeln sich Soldatengruppen, die mit ihren eigenen Zeitungen gegen die Entrechtung in der Armee ankämpfen. Aus diesen unabhängig voneinander gegründeten Soldatenzellen, entwickeln sich dann die „Soldaten- und Reservistenkomitees“. Der Staatsapparat reagiert mit Härte gegen die Soldatenbewegung. Die Zeitungen werden beschlagnahmt, die aufrührerischen Soldaten mit drakonischen Strafen belegt. Der Staatschutz ermittelt.

So vielfältig die Bewegung damals in den Kasernen war, so wenig ist heute darüber bekannt. Dem soll nun abgeholfen werden. Das „Archiv für soziale Bewegungen“ (ASB) in Freiburg will in Form einer Broschüre einen kleinen Überblick über die Soldatenbewegungen in der BRD erstellen. Dazu braucht es natürlich Quellenmaterial. Einige Soldatenzeitungen, Gründungserklärungen von Soldatengruppen u.ä. sind in den Beständen des Archivs vorhanden. Aber es gibt verstreut in der ganzen BRD, in Privatbeständen, in Kellern und auf dem Dachboden, sicher noch weit mehr.

Das Archiv in Freiburg ruft nun dazu auf, diese dokumentarischen Schätze wieder auszugraben und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Konkret sucht das Archiv also alle Ausgaben der verschiedenen Soldatenzeitungen, Selbstverständniserklärungen, Plakate, Flugblätter, Photos und Prozessmaterialien u.ä. Wer also noch solche Materialien hat, heraus damit nach Freiburg. Für weitere Infos kann man sich an das Archiv für soziale Bewegungen wenden: Telefonisch über 0761-33362 oder per E-Mail : und wenn man die Sachen gleich losschicken will dann an: **Archiv für soziale Bewegungen, Wilhelmstr. 15; 79098 Freiburg**. (hav)

7./8. April, Fulda: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. Beginn: Sa, 10.15 Uhr, Allgemeine Aussprache, Einleitender Vortrag zum Thema: „Sozialistische Reformpolitik, Parteiwesen in der BRD und Kampf um die Öffentliche Meinung.“ 2. Wahl des Präsidiums, Arbeitsausschuss etc. 12 Uhr: Mittagspause, anschließend Arbeitsgruppen: A) EU-Osterweiterung – Konsequenzen für die Beitrittsländer; qualitative Veränderungen des europäischen Wirtschaftsraumes; Ziele der BRD im Erweiterungsprozess „Strategische Partnerschaft“. Einleitende Vorträge: Christiane Schneider, Hunno Hochberger; B) Standort und Raumordnung, klassische und moderne Theorien und Ansätze zur Kritik. Dabei: Bericht über Schulungserfahrungen, Vortrag: Jörg Detjen: Die „Mitte gewinnen“, Bericht über eine Diskussion im Rat der Stadt Köln. Antrag auf Förderung einer Textesammlung; C) Themen in der Theoriediskussion: Der Imperialismus als höchstes Stadium...? oder bereits schon lange verfault und tot? Ja in welcher Gesellschaft leben wird denn? Gelingt dem Kapitalismus die Produktivkraftentwicklung durch die Biopolitische Wende, oder hören wir eher auf die Stimmen aus dem lakonischen Urwald? Anknüpfend an die Artikel in den PB über die Überlegungen zum neuen Imperialismus (China, Negri, MAI) und Biopolitik (Ray Kurzweil) sollten die Möglichkeiten erörtert werden, wie wir über Dokumentation und Diskussion einen Überblick über die Lage behalten. Einleitender Vortrag: Hardy Vollmer. Früher Abend: Bericht aus den AGs betreffend Ergebnisse für die Politischen Berichte, Haushalt und Arbeitsorganisation Politische Berichte. – Sonntag 9 Uhr: Eigentumsformen in der BRD – die neoliberalen Privatisierungs-Offensive und Ansätze für Reformpolitik. Zur Einleitung der Diskussion spricht Klaus Lederer (Rosa-Luxemburg-Stiftung).

11. April, Berlin: Hauptversammlung der DaimlerChrysler AG [<http://www.DaimlerChrysler.de>], ICC, Kritische Aktionäre protestieren gegen Rüstungsproduktion und Ermordung von Gewerkschaftern, Kontakt Kritische Aktionäre DaimlerChrysler, Paul Russmann: 0711/608396. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_sharereholders@compuserve.com Internet: www.kritischaektionaere.de

14. bis 16. April, bundesweit: Ostermarsch-Demonstrationen und andere Aktionen

26. April, Ludwigshafen: Hauptversammlung der BASF AG, Kritische Aktionäre protestieren gegen Gentechnik, Umweltverseuchung und Arbeitsplatzvernichtung, Kontakt vor Ort: 06457/89041. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_sharereholders@compuserve.com . Internet: <http://www.kritischaektionaere.de>

27. April, Köln: Hauptversammlung der Bayer AG, Messe, Kritische Aktionäre protestieren gegen Gentechnik, Umweltverseuchung, etc., Kontakt: Koordination gegen Bayer Gefahren, Tel.: 0211/333911, e-mail: cbgnetwork@aol.com. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024, E-Mail: critical_sharereholders@compuserve.com , Internet: www.kritischaektionaere.de

4.-6. Mai, Düsseldorf: Bundesparteitag der FDP

5.-9. Mai, Lübeck: 24.o. Gewerkschaftstag der GEW

8. bis 10. Mai, Leipzig: Deutscher Städtetag, Hauptversammlung

17. bis 19. Mai, Berlin: Aktionstage und Großdemonstration für die Abschaffung des Residenzpflichtgesetzes für Flüchtlinge. Es rufen auf: Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen mit The Voice Afrikaforum (Jena) und die Flüchtlingsinitiative Brandenburg (Rathenow). Für Rückmeldungen, Fragen, Hinweise gibt es folgende Kontaktmöglichkeit: Antirassistische Initiative Berlin (ARI), E-Mail: ari@in.de, Stichwort „Residenzpflicht“, Fon (0 30) 7 85 72 81, Fax (0 30) 7 86 99 84, Mi 11-17 Uhr, Fr 11-18 Uhr. Internet: www.freесpeech.org/inter/residenz – www.humanrights.de – www.umbruch-bildarchiv.de

19. Mai, Fulda: Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Kapitel 16, 17 und 18: Geld, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

24.- 27. Mai, Erlangen: IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“, Schwerpunktthemen: Menschenrechte, Technologiefolgen, Gesundheitspolitik, Vorträge/Workshops u.a. zu: „Medizin zwischen den Fronten. Ethische Dilemmata der hum. Hilfe“; Kinderstreben in Bagdad – Embargo und Gesundheit“; Uran im Kosovo – NATO-Einsatzstrahler Munition“, „Handlager für das Militär – Verträge von Kliniken und Bundeswehr“, ...; Kongress-Büro: Fichtenstr. 39, 91054 Erlangen, Tel.: 09131/816830, Fax: 09131/816831, e-mail: medigew@aol.com, <http://www.medizinundgewissen.de> (Mo-Do 9.30-12 Uhr). Kontakt: IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166, E-Mail: ippnw@ippnw.de Internet: <http://www.ippnw.de>

13./14. Juni, Frankfurt: Evangelischer Kirchentag

23./24. Juni, Berlin: Internationaler Kuba-Solidaritätskongress
Kubanisch-Europäische Perspektiven. Kongresshalle am Alexanderplatz. Näheres in der nächsten Ausgabe und unter: <http://www.cuba-congress2001.com>

23.-24. Juni, Münster: 15. Ordentl. Bundesversammlung der Grünen / Bündnis 90, Halle Münsterland

20.-22.7., Genua: G7/G8-Gipfel und Gegenaktionen. Mehr dazu: Mehr: <http://www.attac-netzwerk.de>

2. bis 5. August: Linke Sommerschule in Sondershausen

9. September: Kommunalwahlen in Niedersachsen

22. September, Fulda: Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Kapitel 19, 20 und 21: Internationaler Handel und Währung, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

Harry Fisher (USA) liest aus seiner Autobiographie „Comrades – Bericht eines US-Interbrigadisten im spanischen Bürgerkrieg“

Der heute 90-jährige Harry Fisher kämpfte 19 Monate als einer von 3000 amerikanischen Antifaschisten in den Reihen des Lincoln-Battalions. Hier berichtet einer, der dabei war, schnörkellos, ergreifend und realistisch über den Kampf und das Sterben von weißen und schwarzen Amerikanern beim Versuch, zusammen mit ca. 50 000 anderen Interbrigadisten den Faschismus in Europa zu stoppen.



Mo. 9. April in Berlin, 19.00 Uhr im ND-Gebäude, Blauer Salon, Franz-Mehring-Platz 1

Di. 10 April in Hamburg, 20.00 Uhr im Kommunalen Saal, Im Grünen Grunde 1, U/S-Bhf. Ohlsdorf

Mi. 11. April in Düsseldorf, 19.00 Uhr, Kulturzentrum ZAKK, Fichtenstr. 40, Düsseldorf-Flingern.

Do. 12. April in Quedlinburg, 19.00 Kulturzentrum Reichenstraße, Reichenstr. 1

Mi. 18. April in Oberhausen, 20.00 Uhr im Druckluft, Am Förderturn 27

Do. 19. April in Köln, 19.00 Büro

gerzentrum Ehrenfeld, Venloerstr. 429

Fr. 20. April in Frankfurt, 19.00 Uhr im Cafe Excess, Leipziger Str. 91

Sa. 21. April in Göttingen, 20.00 Uhr Universität, zentrales Hörsaalgebäude, Platz der Göttinger Sieben

Mo. 23. April in Leipzig (Connewitz), 19.00 Uhr im „linXXnetz“, Bornaischestr. 3 D

Di. 24. April in Nürnberg, 19.00 Uhr im K4, Weisser Saal, Königstr. 93

Mi. 25. April in München, 19.00 Uhr im DGB-Haus, Schwabthaler Str. 64